

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 9 September 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



PER GESETZ MEHR SICHERHEIT

Die Sicherheitsgesetze in Deutschland nach dem 11. September

In dieser Ausgabe:

Terrorismus:
Die Ruhe täuscht

GdP-Aktion:
Unterwegs für mehr Zivilcourage

Beamtenrecht:
Die volle Hingabe und die
soziale Frage der Polizei

Polizeitage:
Diskussionen um Cyber Cops
und Vorratsdatenspeicherung

Internetkriminalität:
Herausforderung Cybercrime

JUNGE GRUPPE (GdP)

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Vechte Arkaden
Nordhorn



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Ruhrtal Center
Wetter



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

**Unterwegs für mehr
Zivilcourage**



Rund 100 sportliche GdP-Mitglieder unterstützten die ProPK-Aktion „Tu was!“ mit einer Fahrrad-Sternfahrt – sechs Tage lang transportierten die radelnden Botschafter das Anliegen in die Öffentlichkeit und warben für mehr Zivilcourage.

S.16 Foto: Herbert Bison

Die volle Hingabe und die soziale Frage in der Polizei



Die Kostendebatte über Beamtinnen und Beamte im Ruhestand vernachlässigt die Grundlagen der sozialen Frage in der Polizei als Teil der öffentlichen Verwaltung.

S. 22 Foto: Marcus Brandt/dpa

**Herausforderung
Cybercrime**



Cybercrime – eine „bequeme Art“ der Begehung von Straftaten, die ungeahnte Dimensionen erreichen kann, wird zu einer Kernherausforderung für die heutige und zukünftige Polizeiarbeit.

S. 28 Foto: Greatan Bally/dpa

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR „Niemand hat ihn gestoppt“	4
FORUM	5/35
TITEL/INNERE SICHERHEIT Per Gesetz mehr Sicherheit	6
TERRORISMUS Die Ruhe täuscht	12
GdP-AKTION Unterwegs für mehr Zivilcourage	16
ARBEITSSCHUTZ GdP-Themen auf Internationalem Arbeitsschutzkongress in Düsseldorf	19
ANKÜNDIGUNG Fachkongress zur Zukunft der Polizei in Deutschland	20
SERVICE Die neue GdP-VISA-Card	20
VERSORGUNG Die volle Hingabe und die soziale Frage in der Polizei	22
Versorgungsrücklage in Rheinland-Pfalz	26
POLIZEITAGE Diskussionen um Cybercops und Vorrats- datenspeicherung	27
INTERNETKRIMINALITÄT Herausforderung Cybercrime	28
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



ANTI-TERROR-GESETZE:**GdP begrüßt
Verlängerung**

Die am 17. August 2011 vom Bundeskabinett beschlossene Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze ermögliche den Sicherheitsböden die Fortführung einer wirksamen Terrorbekämpfung, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut: „Fast zehn Jahre nach den verheerenden Anschlägen von New York und Washington ist die Bedrohung durch fundamentalistischen Terror keineswegs geringer geworden. Der Mord an US-amerikanischen Soldaten in Frankfurt/Main im Frühjahr 2011 wie die vereitelten Anschlagpläne der sogenannten Sauerlandbomber und die Festnahmen von Terrorverdächtigen in Düsseldorf und Bochum haben deutlich gezeigt, dass der Terror vor deutschem Boden keinen Halt macht.“

Witthaut mahnte indes eine schnelle Einigung bei der Mindestspeicherfrist von Telekommunikationsdaten an: „Deutschland hinkt dem europäischen Gesetzesstand noch immer hinter her. Die Bundesjustizministerin muss endlich den Weg für eine praxistaugliche Vorratsdatenspeicherung frei machen.“ Es schade dem Vertrauen in die deutsche Sicherheitspolitik, wenn die Regierung durch die standhafte Verweigerungshaltung des kleineren Koalitionspartners und gegen den kompetenten Rat internationaler und nationaler Sicherheitsexperten europaweit akzeptierte Regelungen verhindere. *red.*

HAMBURG:**Erhard Pumm
verstorben**

Am 4. August 2011 starb völlig überraschend im Alter von 65 Jahren der ehemalige Vorsitzende des DGB Hamburg (1988-2009) und einstige Geschäftsführer der GdP Hamburg (1980 bis 1988), Erhard Pumm.

Der Ruf des Polizeibeamten als glaubwürdiger, allseits anerkannter Vertreter von Arbeitnehmerinteressen in Hamburg war tadellos. Aber auch bei Arbeitgebern und der Politik galt er als geschätzter und

respektierter Gesprächs- und Verhandlungspartner.

„Erhard Pumm hat sich über seine Funktion in der Gewerkschaft und in der Politik hinaus in vielfältiger Weise sozial engagiert“, hieß es in einer Mitteilung des DGB-Vorstands Hamburg. „Wir trauern um einen guten Freund, hervorragenden Kollegen und fabelhaften Menschen.“

Auch Hamburgs GdP-Vorsitzender Uwe Koebel war erschüttert vom plötzlichen Tod des Weggefährten: „Wir verlieren als GdP einen guten Ratgeber, der breite Akzeptanz hatte.“ *red.*

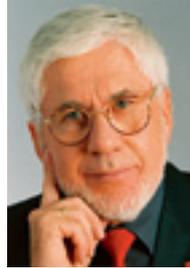


Foto: DGB

GDP-STERNFAHRT:**Treten für
Zivilcourage**

Unter dem Motto: „TU WAS! – FÜR MEHR ZIVILCOURAGE“ starteten am 1. August 2011 rund 100 Teilneh-



Foto: Bison

mer zu einer von der GdP veranstalteten Rad-Sternfahrt nach Berlin. Die Radfahrerinnen und Radfahrer unterstützen damit eine gleichlautende Kampagne der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ (ProPK). Nach sechs Tagen im Sattel und rund 600 Kilo-

metern in den Beinen wurden die in drei Gruppen fahrenden GdP-Botschafter die Hauptstadt begrüßt.

Erschreckende Gewaltvorfälle wie der Tod Dominik Brunnens am Bahnhof München-Solln im Jahr 2009 und sich in letzter Zeit häufende Gewalttaten an Berliner U-Bahnstationen haben die Diskussionen um die Zivilcourage angefacht. Präventionsexperten der Polizei wissen: Menschen wollen helfen, doch zögern sie, weil sie oft nicht wissen, wie.

Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Doch den ersten Schritt zu gehen, sich einzumischen, einzuschreiten, wenn jemand Opfer einer Straftat wird, ist der wichtigste. Deshalb unterstützt GdP die Aktion „weggeschaut. ignoriert. gekniffen. Tu was für Zivilcourage“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) (s. S. 16). *red.*

**MÜNSTERANER
PILOTPROJEKT:****Führerscheinentzug
für Gewalttäter**

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut lobte das Münsteraner Pilotprojekt, bei dem bis Anfang dieses Jahres 74 aggressive Wiederholungstäter nach einer medizinisch-psychologischen Untersuchung vom zuständigen Ordnungsamt die Fahrerlaubnis entzogen bekommen haben: „Wer die Spielregeln des sozialen Miteinanders immer wieder massiv missachtet, zeigt die fehlende charakterliche Eignung, ein Kraftfahrzeug zu führen.“

Der GdP-Vorsitzende bekräftigte seine Forderung nach einer Ausweitung von Fahrverboten auf Delikte, die nicht in direktem Bezug zum Straßenverkehr stehen. Wirksame Abschreckung erwartet Witthaut im Besonderen bei jungen Gewalttätern: „Das Auto stellt vor allem für junge Menschen ein wichtiges Statussymbol mit großem Spaßfaktor dar. Dürfen junge Täter ihr Auto nicht mehr benutzen, so hätte dies sicherlich die von den Richtern gewünschte nachhaltige Wirkung. Zudem erleichtert die Erweiterung des Strafenkatalogs, die Lebensumstände der Täter bei der Strafverhängung noch stärker berücksichtigen zu können.“ *red.*



APPELL AN INTERNET-NUTZER:

Wachsam gegen tickende Zeitbomben

Die GdP hat nach dem Massenmord in Norwegen an die Nutzer des Internet appelliert, extremistisches und menschenfeindliches Gedankengut in Blogs und Foren nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und sich nicht zu scheuen, der Polizei Hinweise darauf zu geben. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Wir kommen nicht darum herum, derart auffällig gewordenen Personen zu registrieren und zu identifizieren.“

Einen vollständigen Schutz vor unmenschlichen Tatern und Taten werde es, so Witthaut, nie geben. „Die Polizei kann nicht in die Köpfe der Menschen schauen und sie sollte es auch nicht tun können. Dennoch ist jeder zur Wachsamkeit gegenüber solchen tickenden Zeitbomben aufgerufen. Einmal mehr die Polizei zu informieren, ist besser, als einmal zu wenig.“

Zudem forderte der Gewerkschafts-

vorsitzende, Regeln zur Kontrolle der Abgabemengen von Stoffen, die zum Bau von Sprengsätzen geeignet sind, sehr ernst zu nehmen. Witthaut: „Wenn die Möglichkeiten, Terroranschläge zu verüben, eingeschränkt werden sollen, hat das Einschränkungen für eine freie Gesellschaft zur Folge. Darüber muss man sich im Klaren sein.“ *red.*

ANKÜNDIGUNG:

GdP-Fachtagung Sicherungsverwahrung

Die GdP formuliert seit Jahren Forderungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung. Insbesondere der Wegfall der nachträglichen Sicherungsverwahrung hat durch die vielfach gelösten 24-Stunden-Dauerüberwachungen von freigelassenen Personen lokale Polizeieinheiten an den Rand der jeweiligen Belastungsgrenze geführt.

Das Spannungsfeld zwischen rechtspolitischer Diskussion (insbesondere über das jetzt neu zu schaffende Sicherungs-

verwahrungsrecht), forensischen Phänomenen und operativer Polizeiarbeit im Alltag hat die GdP veranlasst, das Thema Sicherungsverwahrung auf einer Fachtagung am 20.9.2011 in Berlin zu diskutieren. Als Referenten konnten gewonnen



Sicherungsverwahrung heißt nicht, dass alle Türen offenstehen, es heißt aber auch nicht: weggeschlossen in einer Strafvollzugsanstalt. *Foto: Arne Dedert/dpa*

werden: der forensische Psychiater Prof. Hans-Ludwig Kröber der Abteilungsleiter Strafrecht im Bundesjustizministerium, Thomas Dittmann, der Hamburger Kriminalhauptkommissar Joneleit sowie der Berliner Fachanwalt für Strafrecht, Hansgeorg Birkhoff. *red.*

BFA POLIZEIVERWALTUNG: Bewährtes Duo wiedergewählt

Der Bundesfachausschuss (BFA) Polizeiverwaltung kümmert sich im Großen und Ganzen um alle Bereiche, die dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Exekutive ordentlich ihre Aufgaben erfüllen können. Dabei sind oft Themenkomplexe zu bearbeiten, die nicht auf den ersten Blick zu erkennen sind, da die Polizeiverwaltung in den allermeisten Fällen im Hintergrund agiert. Wer macht sich z. B. schon Gedanken darüber, was alles veranlasst werden muss, damit die richtigen Einsatzmittel zur richtigen Zeit am richtigen Ort funktionsfähig vorhanden sind? Oder wer weiß schon, wie viele Unterschriften für eine Ernennung notwendig sind? Hier kommen dann die Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und -beamten der Polizeiverwaltung ins Spiel.

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 28./29.7.2011 in Berlin hat der Bundesfachausschuss (BFA) Polizeiverwaltung in Berlin dem bewährten Duo wiederum ihr Vertrauen geschenkt: Kollege Michael Laube vom Landesbezirk Berlin (Vorsitzender)

und Kollege Dieter Challee (stellvertretender Vorsitzender) vom GdP Bezirk Bundeskriminalamt wurden einstimmig für vier weitere Jahre in ihren Funktionen bestätigt. Als

neues Mitglied wurde Kollegin Judith Hausknecht von der Bundespolizeidirektion Frankfurt Flughafen ebenfalls einstimmig als Schriftführerin in den Vorstand gewählt. Als Verbindungsfrau zum Geschäftsführenden Bundesvorstand steht uns weiterhin Elke Gündner-Ede zur Verfügung. In der Bundesgeschäftsstelle wird der BFA Poli-



Die BFA Polizeiverwaltung

Foto: GdP

zeiverwaltung zukünftig von Hans-Jürgen Marker und Heidi Nowock betreut.

Auch in Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, dass die Aufgaben der Polizeiverwaltung nicht von der Exekutive erledigt werden müssen und somit ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können.

Michael Laube



„Niemand hat ihn gestoppt“

Eine Welle der Solidarität und Anteilnahme erreicht Norwegen, nachdem am Freitag, dem 22. Juli 2011 um 15.26 Uhr im Osloer Regierungsviertel eine Autobombe detonierte und der 32-jährige Täter wenig später in einem Ferienlager Kinder und Jugendliche regelrecht hinrichtete. Die Haltung, die Regierung und Bevölkerung in diesen Tagen und Wochen wahrte, nötigt Respekt und Bewunderung ab. Norwegen will nach den

Worten von Ministerpräsident Jens Stoltenberg mit noch mehr Offenheit und Demokratie auf das Massaker antworten. Er erneuerte auch das Bekenntnis zur Meinungsfreiheit, auch wenn es um solche extremen Positionen wie jene des 32-jährigen Attentäters gehe, so berichtete unter anderem das Internetportal der „WELT“.

Ganz anders in Deutschland: Politiker reagierten auf die unfassbaren Ereignisse und die Fragen der Medien mit der wiederholten Forderung nach Einführung der Vorratsdatenspeicherung, einer Verschärfung des Waffengesetzes und ich selbst habe an die Internetnutzer appelliert, ihre Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit der Polizei aufzugeben und verdächtige Inhalte in Blogs und Foren durchaus der Polizei zu melden. So wie das im realen Leben auch geschieht und dabei hilft, Kindesmisshandlungen, häusliche Gewalt oder den Einbruch in der Nachbarwohnung in vielen Fällen rechtzeitig zu verhindern. Nicht nur die Netzgemeinde schlug zurück: Kommentatoren auch seriöser Medien forderten dazu auf, uns ein Beispiel an den unaufgeregten und gelassenen Norwegern zu nehmen, die nicht gleich mit Datensammelwut, Gesetzesverschärfungen, neuen Überwachungsmethoden und Aufrufen zur Denunziation auf ihr unermessliches Leid reagierten. Das norwegische Parlament hat im Frühjahr dieses Jahres mit Gegenstimmen der konservativen Opposition die

Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Möglicherweise hat die Gesetzesänderung die norwegischen Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, relativ schnell die bange Frage zu klären, ob der Attentäter mit anderen Gruppen vernetzt war, er möglicherweise Teil einer Organisation ist und weitere Anschläge zu befürchten sind.

Lars Østby der seit mehr als 20 Jahren für die nationale Statistikbehörde Norwegens demographische Entwicklung dokumentiert, sagte gegenüber der FAZ: „Unsere Datenqualität ist besser als in den meisten anderen Ländern“. Herkunftsland, Wohnort, Schulerfolg, Erwerbseinkommen – all diese Parameter, anderswo zwecks Datenschutzes streng voneinander getrennt, könne er für seine Analysen miteinander verknüpfen, weil sie für jeden angemeldeten Einwohner des Landes unter einer elfstelligen Personennummer verbucht werden. „Unser gesegnetes Zentralregister macht es möglich“, sagt er. Er meint es nur halb im Spaß, berichtete die FAZ. Die Meinungsfreiheit hat in Norwegen einen höheren Stellenwert als bei uns. Sie erlaubt es, dass Hitlers „Mein Kampf“ in der unkommentierten Ausgabe überall frei erhältlich ist, ebenso wie jedes andere rechtsextreme Schriftgut, das von dort aus auch unseren „Markt“ überschwemmt. In Deutschland wäre eine Folge dieser Meinungsfreiheit, dass ein ganzer Katalog von „Propagandadelikten“, die den Löwenanteil der rechten Kriminalität ausmacht, wohl gestrichen werden müsste. Auf die Reaktionen wäre ich gespannt.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau sagte der norwegische Schriftsteller Jostein Gaarder („Sofies Welt“) über den Attentäter: „Er lebte unauffällig unter uns. Er veröffentlichte seine islamophoben Kommentare und seinen Hass auf die Regierung in einer Art Comme-il-faut-Attitüde. Er konnte das unbehelligt machen, weil solche Hetz-Parolen im Netz seit Jahren akzeptiert sind. Niemand hat ihn gestoppt. Niemand!“


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Wir brauchen die Einheit!, DP 8/11

Selten ist es so gut gelungen, die derzeitige Situation der deutschen Polizei exakt und sachlich genau darzustellen. Offen, ehrlich und sachkundig legt Jörg Radek Zahlen, Daten und Fakten offen, beschreibt Missstände, weist aber auch zukunftsorientierte Perspektiven auf.

Wenn die Entscheidungsträger in Bund und Ländern auch nur ansatzweise sich diese Thesen, Wünsche und Anregungen zu Eigen machen würden, wäre das ein großer Schritt in eine positive Entwicklung.“

Hans-Georg Backhoff, per E-Mail



Die Polizei sorgt Tag und Nacht für innere Sicherheit und wird zunehmend vor Herausforderungen gestellt. Wie lange kann man diese Herausforderungen noch bewältigen? Neben der demografischen Entwicklung stellen sich zahlreiche weitere Herausforderungen. So betont, z.B. der Arbeitswissenschaftler Opaschowski mit der Formel $0,5 \times 2 \times 3$ für die zukünftige Arbeitswelt, dass die Hälfte an Personal doppelt so lange arbeiten muss und dabei dreimal so viel leisten muss. Ist die Polizei im jetzigen Zustand dieser Herausforderung gewachsen? Nahezu in jeder Ausgabe der Deutschen Polizei finden sich Artikel, die sich mit den Belastungen des Polizeiberufes beschäftigen. Das ist gut und richtig, doch wann widmet man sich auch aktiv der Gesundheitsförderung? Die im genannten Artikel geforderten Maßnahmen wären ein Anfang und die Umsetzung wäre wünschenswert, jedoch nicht als einzelne Maßnahmen oder getrennt voneinander. Vorab sollte in jedem Fall auch eine gründliche Analyse stehen.

Volker Kleinert, POK, PP Mittelhessen

Zu: Schichtdienst, DP 7/11

Nach der Ausbildung wurde ich 1968 nach Düsseldorf versetzt, wo ich im Streifen dienst, also im Schichtdienst, meinen Dienst versah. Nach 4-5 Jahren begannen bei mir die körperlichen Beeinträchtigungen, vor allem litt ich ganz erheblich an Schlafstörungen. Nicht minder waren für mich jedoch von Anfang an die psychischen Beeinträchtigungen, bedingt durch fehlende soziale Kontakte. Es war



sehr schwierig, außerhalb des Kollegenkreises soziale Kontakte aufzubauen, weil ich sehr häufig immer dann, wenn andere frei hatten, Spät- oder Nachtdienst hatte, bzw. mich abends frühzeitig zurückziehen musste, weil ich am anderen Morgen Frühdienst hatte.

Konzert- oder Theaterbesuche waren nur selten möglich. Mein Versuch, einen lang gehegten Wunsch zu erfüllen und den Segelflugschein zu erwerben, scheiterte, weil ich schon gleich am Anfang der Ausbildung, bedingt durch den Schichtdienst, mehrere Ausfallstunden hatte. Da ich ein leidenschaftlicher Schwimmer war, schloss ich mich der DLRG an. Doch auch hier war eine Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen nur bedingt möglich. Dieses Scheitern, bedingt durch den Schichtdienst, setzte sich in vielen anderen Lebensbereichen fort, was meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigte. Ich war vom allgemeinen gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die rd. 15 Jahre Schichtdienst mir psychisch wie physisch gleich stark geschadet haben.

Werner Birken, Wiefelstede



Vielen Dank für den Bericht über den Schichtdienst. Als Angestellter, der seit 1975 als ADV-Angestellter 23 Jahre beim KDD und ab 1998 im Lagezentrum quer durch das ganze Spektrum mit Recherchen, Notrufannahme und Speicherungen seinen Dienst nur im Wechseldienst versieht, kam ich zu der Kenntnis, dass auch etwas für die Tarifbeschäftigten im Wechseldienst der Polizei getan werden muss. Denn mit fast 63 Jahren merkt man jeden Nachtdienst – besonders die 12 Stunden Dienste, und wenn ich mir vorstelle, das viele von uns bis 67 Jahre dies machen sollen, geht dies nur über die Gesundheit.

Deshalb sollte unser Arbeitgeber jedem/jeder Tarifbeschäftigten nach 25 Schichtdienstjahren die Möglichkeit geben, wann immer sie/er aufhören will, dies eine Jahre durch Einzahlung des vollen Jahresbeitrag zur Rentenversicherung zu ermöglichen. Das wäre eine echte Anerkennung. So sollte auch bei den Tarifbeschäftigten der Schichtdienstzeit faktorisiert werden. Dies wäre zum Beispiel nach dem Modell von unserem ehemaligen Hauptpersonalratsmitglied in Hannover, Willy Pistor, möglich:

Der Arbeitgeber zahlt z. B. für ein Jahr den vollen Arbeitgeber und Arbeitgeberanteil in die Rentenversicherung ein, dann könnte der Arbeitnehmer ein Jahr früher in Rente gehen ohne einen Abzug von 3,6 % zu haben. Für meine Gehaltsgruppe E8, Steuerklasse 3, keine Kinder mit einem Jahresverdienst in 2010 (mit allen Zulagen) von 39.400,17 Euro Brutto würde für den Arbeitgeber einmalig ein Betrag von 8.013,70 Euro anfallen. Wird dann ein/eine Tarifbeschäftigte/r neu in E8 eingestellt, hätte der Arbeitgeber durch die Neueinstellung schon ca. 7.539,12 Euro eingespart.

Günter Giessler, Celle



Mit großem Interesse habe ich den Kommentar „Die zwei Seiten der Schichtdienst-Medaille“ und den Artikel „Schicht bleibt ein Risiko“ in der Juliausgabe gelesen. Ich bin 50 Jahre alt und verrichte seit etwa 28 Jahren Schichtdienst.

In der Tat erhalten wir eine Wechselschichtzulage und den sogenannten Dienst zu ungünstigen Zeiten; im Monat ungefähr zusammen etwa 200 Euro. Auf dieses finanzielle Zubrot jedoch würden einige Kolleginnen und Kollegen gerne verzichten, hätte man eine geregelte Arbeitszeit und Teilhabe am „normalen“ sozialen Leben. Und dank des Umstandes, dass ich Wechselschichtdienst verrichten darf, kann ich jeden Monat auch noch Ergänzungsdienste in meine viele Freizeit einplanen, da das reguläre Wechselschichtdienstmodell mir es ermöglicht, jeden Monat runde 16 Minusstunden „einzufahren“.

Ich möchte mal einige „Forderungen/Anregungen“ der Basis niederschreiben, die so schwer eigentlich nicht umzusetzen wären, um das Leben im Schichtdienst und mithin das Miteinander etwas erträglicher zu gestalten:

Behandelt die Angehörigen im Wechselschichtdienst doch einfach als Kolleginnen und Kollegen und nicht als Fußabtreter der Dienststelle, Hure und Mädchen für alles: zum Beispiel Pförtnerdienste, Zentralistendienste, Briefträger, Kurierfahrer usw., „... macht ihr mal, ihr seid ja eh im Dienst ...“

Leider muss ich feststellen, dass es sich bei der allzu oft propagierten These „der Wechselschichtdienst ist die wichtigste Stütze der Polizei“ vielfach nur um eine reine Worthülse handelt. Wo ist und bleibt

denn diese Anerkennung und wie schlägt sie sich nieder?

Vielleicht wäre es eine Überlegung wert, wenn man die im Schichtdienst geleistete Arbeitszeit als Monatsarbeitszeit ansieht und somit Ergänzungsdienste entfielen.

Wie wäre es mit regelmäßigen Kuren für die Kolleginnen und Kollegen ab 40, deren notwendige Kosten der Dienstherr übernimmt. Oder mit Streichung der Selbstbeteiligungsbeiträge bei der Beihilfe für alle die, die Wechselschichtdienst verrichten.

Und ich stelle mir die Frage, ob ganz junge Kolleginnen und Kollegen wirklich Tagdienst verrichten müssen, solange sich ältere Kolleginnen und Kollegen (immer noch) im Schichtdienst befinden und diese Funktionen auch übernehmen könnten? Den Älteren sollte zumindest ein „Vorkaufsrecht“ bei entsprechenden Stellenbesetzungen eingeräumt werden.

Ronald Höhler, per E-Mail

Zu: Enthemmt bis zum Filmriss, DP 6/11

Ich bin Leiter einer Polizeistation und die Zuständigkeit umfasst ein Gebiet von 4 Samtgemeinden mit ca. 450 qm Kilometer und ca. 52.000 Einwohnern. Das Gebiet ist ländlich strukturiert. Im Oktober 2005 ereignete sich nachts gegen 3.00 Uhr in einem Dorf auf dem dortigen Erntefest eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Gruppen ethnischer Minderheiten und Aussiedlern und darüber hinaus mit Schaustellerbeteiligung. Nahezu alle Beteiligte standen zum Teil erheblich unter

Fortsetzung auf Seite 35

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Per Gesetz mehr Sicherheit

Für viele Beobachter ist der 11. September 2001 ein tiefer Einschnitt in die sicherheitspolitische Lage weltweit. Dieser Tag markiert eine weltweite Zeitenwende, denn die Ereignisse des 11. September und ihre mediale Inszenierung spiegeln auf brutalster Ebene die tatsächliche Komplexität der Sicherheitspolitik wider. Auch Deutschland hat reagiert: mit Sicherheitspaketen. Eine Betrachtung von Marwan Abou Taam.

Der Terrorismus als eine Herausforderung für die innere Sicherheit von Nationalstaaten wurde als Strategie auch schon vor dem 11. September in vielen Konflikten weltweit eingesetzt und verantwortete in den jeweiligen Ländern hunderttausende Tote, Verletzte und Flüchtlinge.

Mitteln – durch die Umwandlung ziviler Flugzeuge in Raketen – mehrere tausend zivile Opfer und Schäden in Milliardenhöhe für die Weltwirtschaft verursachen.

Die Attentäter wurden von der Aussicht, für Gott als Märtyrer zu sterben, inspiriert und verstanden sich als Helden,

sicherheitspolitische Dilemma, in dem sich Staaten befinden.

Neue Sicherheitspolitische Herausforderungen

Überall reagierten Regierungen auf die Anschläge von 11. September mit Gesetzesänderungen, die ihrerseits erheblichen Einfluss auf die jeweiligen Sicherheitssektoren haben. So erfuhr die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einen neuen Wendepunkt: Der Krieg gegen den Terrorismus wurde

zur Leitlinie amerikanischer Sicherheitspolitik definiert. Dafür wurden die Mittel, mit denen die US-Regierung der Gefahr von Anschlägen begegnet, entscheidend geändert, so dass ein Wandel von einer reaktiven Bedrohungs- zu einer pro-aktiven Risikopolitik stattfand.

Während die innere Sicherheit schon früher vom regionalen Stabilitätsrahmen abhängig war, wird sie heute zudem in erheblichem Ausmaß von der globalen Sicherheitslage beeinflusst. Wobei die Verwundbarkeit komplexer und gleichermaßen mobiler offener Gesellschaften die Diffusion von Instabilitäten erleichtert und die Gefahrenpotentiale verstärkt. Auch soll an dieser Stelle die Verletzbarkeit des vernetzten Wirtschaftssystems nicht verschwiegen werden. Leichte Turbulenzen können hier verheerende

Auswirkungen auf Gesellschaften haben und die innere Sicherheit nachhaltig schädigen.

Die neuen Bedrohungen kommen nicht von Staaten, die auf Eroberung aus sind (conquering states). Vielmehr kommen sie von Personen und Gruppen. Zuneh-



Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) wurde Ende 2004 eingerichtet. Foto: Bernd Settnik/dpa

Ein Novum am 11. September 2001 war, dass Millionen von Menschen die Attentate miterlebten und die Schicksale der Opfer stundenlang verfolgten. Ein Netzwerk gleichgesinnter Terroristen, die sich auf der Basis einer religiösen Ideologie organisierten, konnte mit den einfachsten

die gemäß der islamischen Offenbarung handelten. Dabei wurde die einzig verbliebene Supermacht in ihrem Zentrum angegriffen. Die Zerstörungskraft und die Schadenshöhe führten uns die große Intensität asymmetrischer Kriegsführung¹ vor Augen und manifestierten das



ment manifestieren sich ideologische, kulturelle, religiöse und sprachliche Trennungslinien in Form eines aggressiven, religiös motivierten Fundamentalismus oder eines nicht weniger gefährlichen Ethnona-

 **Die deregulierte Gewaltausübung von nicht-staatlichen Akteuren stellt nunmehr die größte Bedrohung für die internationale Stabilität dar.** 

tionalismus. Die deregulierte Gewaltausübung von nichtstaatlichen Akteuren stellt nunmehr die größte Bedrohung für die internationale Stabilität dar. Diese neue Form des Konfliktes erlaubt eine gewisse Transzendenz des Menschen, in der nicht die Tötungsabsicht der Kämpfer, sondern deren Opferungs- bzw. Todesbereitschaft für höhere Ziele maßgebend ist.²

Mit dieser neuen sicherheitspolitischen Lage sieht sich auch die Bundesrepublik Deutschland konfrontiert. Damit stellt sich die Frage, ob die Struktur und die Kultur der deutschen Sicherheitspolitik darauf vorbereitet sind.

Veränderte Welt, veränderte Konzepte

Nach den Anschlägen in den USA erwuchs die politische Einsicht, dass eine effektivere Gestaltung von Sicherheit notwendig geworden ist. Trotz aller Bekundungen verstrickten sich die politischen Entscheidungsträger in unendlichen formalistischen Diskussionen über die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Jedoch waren die Bilder vom 11. September in New York und Washington so deutlich, dass die Anschläge in den USA in der Tat 2001 zu einem tiefen Einschnitt in der deutschen Innen- und Sicherheitspolitik führten.

Das erste Sicherheitspaket

Ziel des am 30. November 2001 gebilligten ersten Sicherheitspakets war die Bekämpfung terroristischer Vereinigungen und die Erhöhung der inneren Sicherheit. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Gesetz die Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz vorsieht. Dadurch sind nun weltanschauliche Gemeinschaften den gleichen Verbotskriterien unterzogen wie alle anderen Vereinigungen.

Ferner wurde Artikel 129a des Strafgesetzbuchs, der die Bildung terroristischer Vereinigungen unter Strafe stellt, durch

einen § 129b StGB ergänzt, so dass nun die Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen sowie Sympathieerklärungen strafbar sind, selbst wenn die Terrorgruppe in Deutschland keine Infrastruktur unterhält. Damit wurde endlich eine Strafbarkeitslücke geschlossen, denn bereits im Dezember 1998 hatten sich

die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in ihrem Hoheitsgebiet unabhängig vom Ort, an dem die Operationsbasis bzw. die Straftat verübt wird, strafrechtlich zu ahnden. Im Fokus des ersten Sicherheitspaketes stand die verbesserte Aufklärungsarbeit im Vorfeld terroristischer Aktivitäten. Daher lässt sich dieses als vorwiegend repressiv charakterisieren.

Durch die Ausdehnung der Verbotsmöglichkeiten nach dem Vereinsgesetz auf extremistische Religionsgemeinschaften sollten organisierte extremistische Aktivitäten durch die Zerstörung von Strukturen und Einziehung des Vereinsvermögens unterbunden werden. Unter dem Vorwand des Religionsprivilegs konnten sich in Deutschland früher religiöse Vereine offiziell versammeln. Das Religionsprivileg besagte, dass Vereinigungen, die sich der gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung verpflichtet haben, grundsätzlich erlaubt waren. Nun unterliegen sie einer staatlichen Kontrolle, damit verhindert werden kann, dass sich Organisationen mit extremistischem Hintergrund unter den Deckmantel der Pflege einer Weltanschauung versammeln. Der Staat behält sich das Recht vor, eben jene Weltanschauung bezüglich ihrer Kompatibilität mit dem Grundrecht zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbieten. Mit dem ersten Sicherheitspaket und der Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz vom 8. Januar 2001

 **Mit dem ersten Sicherheitspaket und der Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz vom 8. Januar 2001 wird der staatliche Zugriff auf und in religiöse Einrichtungen ermöglicht.** 

wird der staatliche Zugriff auf und in religiöse Einrichtungen ermöglicht.

Kurz darauf wurden auch tatsächlich die ersten Verbote gegen Vereine, die sich in ihren Zielen oder Tätigkeiten gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung wenden, ausgesprochen.

Der Gesetzgeber sieht vor, dass alle Vereine, deren Mitglieder oder Leiter überwiegend Ausländer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union sind (Ausländervereine), künftig verboten werden können (§ 14 Vereinsgesetz neu), wenn ihr Zwecke oder ihre Tätigkeit:

- die politische Willensbildung in Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet,
- das friedliche Zusammenleben von verschiedenen Ausländergruppen in Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet,
- die öffentliche Sicherheit oder Ordnung beeinträchtigt oder gefährdet,
- sonstige erhebliche Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet,
- Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange unterstützt, befürwortet oder hervorrufen soll, oder
- Vereinigungen innerhalb oder außerhalb Deutschlands unterstützt, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.

Zuständig für das Verbot ist der Innenminister des Landes, bei in mehreren Bundesländern tätigen oder ausländischen Vereinen der Bundesinnenminister. Die Ergänzung des Paragraphen 129a StGB mit 129b StGB, macht die Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen strafbar, auch wenn diese im Ausland agieren. Die Strafverfolgung ausländischer Organisationen konnte zunächst inner- und zwischenparteilich nicht durchgesetzt werden. Es bedurfte der Anschläge von Djerba und deutscher Opfer, ehe man bereit war, diese Lücke im Strafgesetzbuch zu schließen.

Erst nach Djerba wurde eine grenzüberschreitende Terrorismusbekämpfung möglich. Eine Tatsache, die nachdenklich macht – auch vor dem Hintergrund, dass die Attentate vom 11. September in Deutschland geplant wurden.³

Eine weitere Regelung des Sicherheitspakets beschäftigte sich mit einem verbindlichen Verfahren zur Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personal, das in sicherheitsrelevanten Bereichen der Flughäfen arbeitet. Das Gesetz ist zunächst auf fünf Jahre befristet. Die Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes sieht



Mit dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) hat die Bundesregierung 2004 eine neue Form für die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden geschaffen. Im GTAZ in Berlin laufen das Fachwissen und die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden zusammen, um gemeinsam den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Im GTAZ arbeiten insgesamt 40 Behörden aus Polizei und Diensten von Bund und Ländern erfolgreich zusammen. Im Einzelnen sind das:

- **Bundeskriminalamt**
- **Bundesamt für Verfassungsschutz**
- **Bundesnachrichtendienst**
- **Bundespolizei**
- **Zollkriminalamt**
- **Militärischer Abschirmdienst**
- **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**
- **Vertreter des Generalbundesanwaltes**
- **16 Landeskriminalämter**
- **16 Landesämter für Verfassungsschutz**

Regelungen zu Zwecken des Sabotageschutzes vor. So soll eine Sicherheitsüberprüfung aller Personen stattfinden, die an sicherheitsempfindlichen Stellen in lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen arbeiten, bei deren Ausfall eine erhebliche Gefährdung für die Gesundheit von großen Teilen der Bevölkerung zu befürchten oder die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar ist. Auch Angestellte von Krankenhäusern, Rundfunkanstalten oder Energieerzeugern sollen künftig einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Neu dabei ist, dass die einfache Überprüfung in die Zuständigkeit des Bundes überführt wurde. Die einfache Sicherheitsüberprüfung nach Artikel 8 Sicherheitsüberprüfungsgesetz beinhaltet, dass der öffentliche Arbeitgeber Auskünfte einholen muss beim:

- **Verfassungsschutz des Bundes und der Länder,**
- **Bundeskriminalamt,**
- **Bundesgrenzschutz,**
- **Nachrichtendiensten des Bundes und ggf. der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen.**

Der Betroffene hat die Pflicht zu umfangreichen Angaben zur Person sowie u.a. über Beziehungen zu oder Reisen

in Staaten, die nach Angabe des BMI als besondere Sicherheitsrisiken gelten. Diese Regelung ist angesichts der neuen Herausforderungen durch den international agierenden Terrorismus sinnvoll. Die rechtliche Umsetzung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes war erst Gegenstand des „zweiten Sicherheitspakets“.

Das zweite Sicherheitspaket – das Terrorismusbekämpfungsgesetz

Das „Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“⁴⁴ (Terrorismusbekämpfungsgesetz) als zweites Sicherheitspaket war die notwendige Reaktion auf die am 11. September sichtbar gewordenen kriminellen Bedrohungsstrukturen. Hierbei handelt es sich um ein Gesetz, mit dem zahlreiche Vorschriften in unterschiedlichen Gesetzen geändert und angefügt werden. Knapp 100 Vorschriften in 17 Gesetzen und 5 Rechtsverordnungen sind von Änderungen durch das Artikelgesetz betroffen, mit dem Ziel der Früherkennung von Gefahren für die Sicherheit in Deutschland durch die Sicherheitsinstitutionen. Im Gegensatz zum ersten Sicherheitspaket war dieses Gesetz eher präventiv ausgerichtet. Wesentliche Grundlagen des bisherigen Verfassungsschutzrechts – das Gesetzmäßigkeitsprinzip, das Gebot der organisatorischen Trennung von Polizei und Nachrichtendienst sowie der Ausschluss polizeilicher Zwangsbefugnisse – blieben zwar unangetastet, doch beinhaltete das Gesetz zahlreiche Veränderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des MAD-Gesetzes, des BND-Gesetzes, des Bundesgrenzschutzgesetzes, des Bundeskriminalamtgesetzes sowie des Ausländergesetzes. Im Rahmen einer Präventionsstrategie wurden diese den neuen Bedrohungslagen angepasst. Die Erkennung und Beobachtung gewaltbereiter und gewaltvorbereitender Bestrebungen, die Sicherung besonders sicherheitsempfindlicher lebens- und verteidigungswichtiger Einrichtungen, der Einsatz bewaffneter Flugbegleiter, die Sicherung der Identitätsfeststellung im Visumverfahren, die Überwachung des Vereinslebens, die Ausweitung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes und die Überwachung des Ein- und Ausreiseverkehrs stellen die Hauptelemente dieser Gesetzesänderungen dar. Hierzu wurden die Kompetenzen von Geheimdiensten, Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz und Polizei erweitert, um eine bessere Informationssammlung zu ermöglichen

und den Datenaustausch zwischen den Behörden zu verbessern. Geplante Anschläge sollen so effektiv und frühzeitig erkannt und vereitelt werden.

Die Erstellung von notwendigen Voraussetzungen für einen verbesserten Informationsaustausch, die Verhinderung der Einreise terroristischer Straftäter nach Deutschland und identitätssichernde Maßnahmen bilden eine zweite Grundlage des Gesetzes. Hierzu wurden das Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das Passgesetz, das Gesetz über Personalausweise, das Vereinsgesetz, das Luftverkehrsgesetz, das Bundeszentralregistergesetz, das zehnte Buch des Sozialgesetzbuches und das Energiesicherungsgesetz ebenfalls geändert. Ziel hierbei war es, eine Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeitern in wichtigen Einrichtungen zu ermöglichen, eine Rechtsgrundlage für die Aufnahme biometrischer Merkmale in Ausweisen zu schaffen, die Aktivitäten von Ausländervereinen in Deutschland zu unterbinden und die Rasterfahndung effektiver zu gestalten. Auch hier bleibt das Gesetz leider an vielen Stellen undeutlich formuliert.⁵

Artikel 1, 2 und 3 des Gesetzes führen Änderungen im Bundesverfassungsschutzgesetz, im MAD-Gesetz sowie im BND-Gesetz ein. So wurde der Beobachtungsauftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz erweitert, so dass Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, dazu gehören, selbst wenn diese Bewegungen die sonstigen Kriterien gemäß Artikel 3 Abs. 1 BVerfSchG nicht erfüllen. Die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz soll weit im Vorfeld terroristischer Bestrebungen erfolgen, um die Gefahrenabwehr für die Bundesrepublik zu garantieren. Was unter diesen Bestrebungen zu verstehen ist, wird dagegen nicht weiter ausgeführt. Hier besteht ein zu weiter Ermessensspielraum.⁶ Die politische Diskussion, die diese Änderung begleitete, lässt darauf schließen, dass hier die Lockerung des Inlandsbezuges einer potentiellen Gewalttat angestrebt wird. Tatsächlich würde sonst die deutsche Sicherheitspolitik nicht glaubwürdig erscheinen, wenn diese international agierenden Terroristen erlaubte, Deutschland ungestraft und unerreichbar für deutsche Sicherheitsbehörden als Ruheraum zu nutzen.

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Verfassungsschutzbehörde zusätzlich die Möglichkeit, von Banken, Luftfahrtunternehmen und Postdienstleistern Kundendaten anfordern zu dürfen.⁷ Diese umfangreichen Bedürfnisse sind an die Forderung gebunden, dass Anhaltspunkte



INNERE SICHERHEIT

für qualifizierte Gefahren vorliegen. Hier wurden hohe bürokratische Hürden eingebaut, jedoch drängt sich die Frage auf, wieso Nachrichtendienste engagiert werden, wenn doch bei begründetem Tatverdacht die Polizei ihre Ermittlungen aufnehmen kann. Die geheimdienstliche Strukturinformation benötigt eine gewisse Flexibilität bei gleichzeitiger politischer Kontrolle, um Vorfeldarbeit leisten zu können. Hier waren weiterreichende Schritte anscheinend nicht politisch durchsetzbar.

Auskünfte dürfen nur auf Antrag eingeholt werden.⁸ Der vom Verfassungsschutzpräsident oder dessen Vertreter verfasste Antrag wird vom entsprechenden Ressort⁹ im Auftrag des Kanzlers entschieden. Auch der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst erhalten nach einer ähnliche Prozedur Auskunftsbeurteilungen gegenüber Telekommunikations- und Teledienstbetreibern sowie Finanzdienstleistern.¹⁰ Auch hier ist das Einholen von Auskünften über Konten und Zahlungswege vom jeweiligen Präsidenten oder dessen Stellvertreter zu beantragen und zu begründen. Die neuen Kompetenzen der Dienste werden in die bereits bestehenden Kontrollstrukturen integriert.¹¹ Bei Gefahr im Verzug können die Dienste mit Maßnahmen beginnen und die Genehmigung auch im Nachhinein einholen.

Die Dienste können nun theoretisch leichter und schneller Geldwäsche von Terrorgruppen und internationale Verflechtungen aufdecken. Eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen den Terrorismus, denn verdeckte Spendenflüsse garantieren die Finanzierung von Terrorismus.

Eine weitere Anpassung für die Nachrichtendienste ist, dass durch die so genannten G-10 Maßnahmen die Kommunikations- und Reisewege potenzieller Terroristen leichter nachvollzogen werden können. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sowie die Ausländerämter übermitteln bei Verdachtsfällen automatisch die Daten der entsprechenden Ausländer an die Behörden. Ferner werden Informations- und Datentransfers zwischen den Diensten rechtlich erleichtert. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und Strafverfolgungsbehörden.

Das zweite Sicherheitspaket ermöglicht dem Bundesnachrichtendienst zudem, künftig auch stärker im Inland zu ermitteln. Die entsprechenden Regelungen wurden zunächst auf fünf Jahre begrenzt,

jedoch steht einer Verlängerung nichts im Weg.

Die Einrichtung des Terrorismusabwehrzentrums in Berlin ist zudem ein notwendiger Schritt gewesen, den schnellen Zugriff auf vorhandene Informationen zu organisieren. Dies kann, wie die Untersuchungskommission zum 11. September festgestellt hat, essenziell sein, wenn es darum geht, einen drohenden Anschlag zu

gemeinsamen Lagebesprechung findet eine kontinuierliche und intensive Zusammenarbeit in folgenden gemeinsamen Aufgabengebieten statt:

- **Gefährdungsbewertung,**
- **operativer Informationsaustausch,**
- **Fallauswertung,**
- **Strukturanalysen,**
- **Aufklärung des islamistisch-terroristischen Personenpotenzials**
- **Ressourcenbündelung.**



Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (2.v.r.) stellt sich am 8.8.2005 in Berlin mit dem damaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes, Heinz Fromm (v. l.), dem damaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), August Hanning, und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, den Journalisten. Laut Schily hatte sich zu diesem Zeitpunkt die Zusammenarbeit im GTAZ bereits bewährt.

Foto: Bernd Settnik/dpa

verhindern. Hierdurch konnte das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS) ergänzt werden, denn dieses bot nicht die Möglichkeit der unbürokratischen Übermittlung von Daten. Im Terrorismusabwehrzentrum laufen sämtliche geheimdienstliche Informationen zusammen, so dass sie mit weniger Personalaufwand und aus unterschiedlichster Perspektive ausgewertet werden. Das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin, das die Spezial- und Analyseeinheiten des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zusammenführt, unterstützt die Sicherheitsbehörden, um Deutschland gegen die Gefährdungen durch den Terrorismus abzusichern. Neben einer täglichen

Durch die Einbindung von Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämtern der Länder, den Bundesgrenzschutz, Zollkriminalamt und Militärischen Abschirmdienst in die Arbeitsabläufe entstehen durchaus Synergieeffekte, die jedoch leicht durch die bürokratische Überregulierung zunichte gemacht werden können. In diesem Sinne muss die enge Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten aus Bund und Ländern als Notwendigkeit im Kampf gegen den Terrorismus gewürdigt werden, so dass jenseits ideologischer Barrieren die rechtlichen Voraussetzungen für gemeinsame Projektdateien und eine gemeinsame Index-Datei geschaffen werden. Entsprechend wurde am 30. März



🔴 Entsprechend wurde am 30. März 2007 die Anti-Terror-Datei in Betrieb genommen. 🔴

2007 die Anti-Terror-Datei in Betrieb genommen. Die rechtliche Grundlage hier-

nach § 89 a, 89 b und 91 StGB am 4. August 2009.¹³ Demnach ist die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten, die Kontaktaufnahme zwecks Unterweisung zur Begehung von Gewalttaten sowie die Verbreitung oder Beschaffung einer entsprechenden Anleitung zu einer solchen Tat unter Strafe zu stellen. Pro-

zeptanzgrenze ist, ohne die demokratische rechtstaatliche Kultur Deutschlands infrage zu stellen. Da sich die innere Sicherheit auf Gefahren bezieht, die von innen auf die Gesellschaft und den Staat mit seinen Institutionen einwirkt, ist diese grundsätzlich ein mehrdeutiger Prozess mit dem Anspruch „Schutz, Ver-



Turnusmäßige Sitzung der Innenminister von Bund und Ländern am 21.06.2011 – auf der Tagesordnung u. a. die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze und die Vorratsdatenspeicherung. Foto: Frank Rumpenhorst/dpa

für ist das Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder vom 22. Dezember 2006. In dieser Datei werden die Datensätze aller Polizeibehörden und Nachrichtendienste von Bund und Länder zusammengeführt. Von den Betroffenen werden sowohl Grunddaten (wie Name, Geburtsdatum, Adresse, Sprachen, Dialekte und körperliche Merkmale) als auch erweiterte Daten (wie Bankverbindungen, Ausbildung, Beruf, Volkszugehörigkeit, Religionszugehörigkeit und Fahr- oder Flugzeuglizenzen) gespeichert.¹²

Hingegen wurde die Regelung zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdateien als nicht verfassungskonform von den Verfassungsrichtern einkassiert.

Die schärfste strafrechtliche Neuerung ist die Einführung der Straftatbestände

blematisch ist hier die Tatsache, dass die Straftatbestände sehr unbestimmt gefasst und die Hürden für den Anfangsverdacht sehr niedrig gehalten sind.

Sicherheit zwischen Vollzugsdefizit und Partikularinteressen

Hinter all den beschlossenen Maßnahmen steht immer die Frage, wie viele

🔴 *Bei der Frage nach der Anpassung der deutschen Sicherheitspolitik mangelt es nicht an gesetzlichen Rahmenbedingungen, vielmehr kann man durchweg ein mehr oder weniger intensives Vollzugsdefizit feststellen.* 🔴

Eingriffe in die individuelle Freiheit des Einzelnen zugelassen werden können und wo die gesellschaftspolitische Ak-

lässlichkeit und Abwehr von Gefahren für Individuen, aber auch für politische, soziale und wirtschaftliche Ordnungen sicherzustellen“.¹⁴

Bei der Frage nach der Anpassung der deutschen Sicherheitspolitik mangelt es nicht an gesetzlichen Rahmenbedingungen, vielmehr kann man durchweg ein mehr oder weniger intensives Vollzugsdefizit feststellen. Die Vielzahl von sicherheitsrelevanten Behörden braucht nicht

nur eine Vielzahl von Kontrollinstanzen, sie benötigt auch große administrative und operative interne sowie externe Koordi-



INNERE SICHERHEIT

nations- und Abstimmungsprozesse, die sich aufgrund der komplexen föderalen Struktur Deutschlands sehr schwierig gestalten lassen. Hier ist das Terrorismusabwehrzentrum in Berlin ein sinnvoller Schritt, der zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den

Es muss anerkannt werden, dass die verkrusteten Strukturen eines kooperativen Exekutivföderalismus in völligem Gegensatz zur Struktur und Wirkungsweise der neuartigen Herausforderungen stehen.

Sicherheitsbehörden mit Einbindung der Polizei führen wird. Eine verbesserte vernetzte Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden scheint dringend erforderlich und zwar sowohl horizontal auf Bundes- sowie Länderebene, als auch vertikal zwischen Bund und Ländern. Hier darf das Trennungsgebot nicht als Hindernis vorgeschoben werden, denn dieses erlaubt durchaus die sachlich gebotene Zusammenarbeit. Lediglich die organisatorische sowie die befugismäßige Zusammenlegung von polizeilichen und nachrichtendienstlichen Behörden wird sinnvollerweise verboten. So muss die Optimierung der Informationsverzahnung polizeiintern sowie zwischen Polizei, Verfassungsschutz und anderen Informationsträgern fortschreiten, wobei offene Rechtsfragen in Bezug auf die Erweiterung und Begrenzung von polizeilichen Befugnissen zu klären sind.

Eine zielorientierte systematische Rationalisierung des Ressourceneinsatzes verbunden mit einer rationalen Planung und übergeordneten Koordination erhöhen die Effektivität der exekutiven Sicherheitsorgane. Das muss politisch eingesehen und jenseits von Partikularinteressen entsprechend umgesetzt werden. Kein Staat kann die absolute Sicherheit garantieren, insbesondere, wenn es sich um eine freiheitlich pluralistische Ordnung handelt. Einst wurde Sicherheit als ein erreichbares Ideal angesehen. Dies wurde damit begründet, dass man analoge Situationen gemäß der Hypothese, wenn gleiche Ursachen stets gleiche Wirkungen hervorbringen, so werden ähnliche Ursachen stets ähnliche Wirkungen hervorbringen, bearbeiten kann. Man benutzte diese Annahme als Grundlage, um Gefährdungsszenarien zu entwickeln. Letztere dienten als Basis

für Sicherheitsstrategien. Heute wissen wir jedoch, dass in komplexen Systemen bereits minimale Änderungen der Rand- und Anfangsbedingungen zu einer maximalen Änderung der Folgen führen können. So können wir tatsächlich nur durch das stetige Studieren potentieller Gefahren Reaktionsfähigkeiten entwickeln, was seinerseits ein Höchstmaß an Flexibilität und Mobilität verlangt. Es muss anerkannt werden, dass die verkrusteten Strukturen eines kooperativen Exekutivföderalismus in völligem Gegensatz zur Struktur und Wirkungsweise der neuartigen Herausforderungen stehen. Sie erschweren die Bildung einer homogenen Sicherheitsarchitektur.

Marwan Abou Taan

Fußnoten

¹Metz, Steven/ Johnson II Douglas V. (2001): *Asymmetry and US Military Strategy: Definition, Background, and Strategic Concepts* (Carlisle, PA: Strategic Studies Institute) Heft 1/Januar 2001, S. 5.

²Van Creveld, Martin (1998): *Die Zukunft des Krieges*, München, S. 278.

³Vgl.: Hein, Kirstin (2004): *Die Anti-Terrorpolitik der rot-grünen Bundesregierung*; in: Harnisch, Sebastian/ Katsioulis, Christos, et al. (Hrsg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*; Baden-Baden; S. 147.

⁴Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002. Teil I Nr. 3, ausgegeben zu Bonn am 11. Januar 2002.

⁵Vgl.: Roell, Peter (2003): *Deutschlands Beitrag zur internationalen Terrorismusbekämpfung*; in: Hirschmann, Kai, Leggemann, Christian (Hrsg.): *Der Kampf gegen den Terrorismus. Strategien und Handlungserfordernisse in Deutschland*, Berlin, S. 135 f.

⁶Vgl.: Hein, Kirstin (2004): *Die Anti-Terrorpolitik der rot-grünen Bundesregierung*, in: Harnisch, Sebastian; Katsioulis, Christos; Overhaus, Marco (Hrsg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*; Baden-Baden 2004, S. 148.

⁷BVerfSchG § 3 (1)/ § 8 (5) 4, MADG § 1 (1)/ § 2 (1a).

⁸§1 Abs. 9 des Terrorismusbekämpfungsgesetzes

⁹Bundesinnenministerium für BfV, Bundesverteidigungsministerium für MAD und Bundeskanzleramt für BND.

¹⁰Vgl. BVerfSchG § 3 (1) 4, MADG § 1 (1), sowie BVerfSchG § 8 (5), BNDG, § 2 (1a).

¹¹BVerfSchG § 8 (9), BNDG § 2 (1a), § 8 (3a).

¹²Vgl. Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder (Gemeinsame-Dateien-Gesetz) vom 22.12.2006, online: <http://bundesrecht.juris.de/atdg/BJNR340910006.html> (14.6.2011).

¹³Gesetz vom 30.07.2009, BGBI I, 2437 (Nr.49)

¹⁴Schmidt, Manfred G.: *Artikel Innere Sicherheit*. In: Nohlen, Dieter (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. Bonn 1998: Bundeszentrale für politische Bildung, S.285.

COP®
COP® Specials September / Oktober 2011 **Gültig vom 20.8. - 31.10.11**
NEU! Seit 30.06.2011 COP® Partner in Westenhellweg 122, Tel. 0231-162357 **DORTMUND**

1 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear®
Art.-Nr. UA10050395-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA10050390-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA10050398-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1005039N-Größe (navy)
 Farben: schwarz, olivgrün, beige und navy
 Größen: S - 3XL
 Material: 82% Polyester, 18% Elasthan
 Kurzarmläufige, hochfunktionelles Funktions-shirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei sehr warmen Wetter.

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
 Hält kühl und trocken

Aktionspreis!
€ 29,90
 statt 39,90*

TOP SELLER

2 Cargo-Hose COP® SP
Art.-Nr. 35PK (khaki)
Art.-Nr. 35PS (schwarz)
 Farben: khaki und schwarz
 Größen (US Bundweite + Beinlänge):
 Bundweite: 28 - 44, Länge: 30/32/34/36
 Material: 100% Baumwolle
Größenrechner im Internet.
 Hose im Cargo-Stil. Hergestellt aus 100% schwerer Baumwolle mit extrem starken, doppelt ausgeführten Nähten und doppeltem Gesäßboden für längere Haltbarkeit und hohe Strapazierfähigkeit. Schlaufen für Gürtel bis 45 mm Breite. **11 praktischen Taschen!**

Aktionspreis!
€ 39,90
 statt 59,90*

3 Halbschuh S&W® 8365 GTX Lo
 Smith & Wesson
Art.-Nr. 828365-Größe EU***
 Farbe: schwarz
 Größen: EU 36 - 48
 keine halben Größen
 Obermaterial:
 Leder/ Nylon Kombination mit GORE-TEX® Membrane.
 Robuster Halbschuh mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane, athletischer Passform und geringem Gewicht. Größen siehe unten.

Aktionspreis!
€ 89,90
 statt 129,90*

4 Einsatzstiefel S&W® 8600 GTX Mid
 Smith & Wesson
Art.-Nr. 828600-Größe EU***
 Farbe: schwarz
 Größen: EU 36 - 48
 keine halben Größen
 Obermaterial: Leder/ Nylon Kombination mit GORE-TEX® Membrane. Halbhoher Stiefel mit athletischer Passform, geringem Gewicht und wasserdichten GORE-TEX® Membranen.

Aktionspreis!
€ 99,90
 statt 139,90*

Damen					Herren									
Größe EU	6	7	8	9	9,5	Größe EU	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe US	36	37	38	39	40	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48

*** EU-Größe an die Artikelnummer anfügen

5 Luminox® Sentry 0201
 Art.-Nr. LU-0201
 • Schweizer Qualitäts-Uhrwerk
 • Datumsfunktion auf 4-Uhr Position
 • Polycarbonatgehäuse, karbonverstärkt mit einem Durchmesser von 43 mm mit Krönenschutz
 • Doppelt abgedichtete Krone, Gehäuseboden ist PC karbonverstärkt, 4-fach verschraubt
 • Unidirektional drehbare Lünette aus Polymerkunststoff
 • Wasserfest bis 10 bar/atm / 100 Meter / 330 feet
 • Kratzfestes Mineralglas
 • Taucherarmband aus PU-Kunststoff (26 mm breit)

Aktionspreis!
€ 159,90
 statt 199,90*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 85661 Oberweilbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

**Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2011. * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

Die Ruhe täuscht

Der Experte in Fragen internationaler Terrorismus, Berndt Georg Thamm (65), hat in unserer Zeitung seit 2001 in über zwei Dutzend Veröffentlichungen und Interviews zum Thema Jihad-Terrorismus aufgeklärt, Ursachen benannt, Fakten zusammengetragen, Schlüsse gezogen, gewarnt und verdeutlicht. Zum 10. Jahrestag des 11. September befragte DP ihn zur aktuellen Situation.

rorismus scharf im Auge behalten – mit all seinen Facetten.

Die Jihadisten halten sich offenbar an einen Masterplan (siehe Seite 14). Wir realistisch sehen Sie das Erreichen der Phasen?

Der Plan entstand vor einem halben

Jahrzehnt und blieb mit wenigen Ausnahmen in der westlichen Welt unbeachtet – warum auch immer. Er wurde von einem jordanischen Fundamentalisten niedergeschrieben und sieht in einem Zeitraum von 20 Jahren (2001-2020) vor, die „Welt des internationalen Unglaubens“ zu islamisieren. D. h. nach der letzten Schlacht wird es für Angehörige des rechten Glaubens einen Gottesstaat geben, in dem gilt: Gottesrecht steht vor Menschenrecht – so die Idealvorstellung.

Dieser Masterplan ist kein djihadistisches Grundsatzpapier, das zentral gesteuert weltweit umgesetzt wird. Der Plan entstand als Antwort auf Umtriebe der Ungläubigen, die aus Sicht der Jihadisten dazu dienen, die Welt der Rechtgläubigen zu

vereinnahmen, so durch die letzten beiden Golfkriege, die Unterstützung Israels oder die Ausplünderung der rohstoffreichen Stätten in der Welt des Islams. Der Masterplan ist ein Denkmodell mit der Vorstellung, dass Jihadisten als Speerspitze einer globalen Bewegung die Welt der Ungläubigen auch mit Terrorismus in die Knie zwingen können. Dementsprechend ändern die Akteure über lange Jahre auch ihre Vorgehensweisen. So hat sich die jüngere Generation mehr und mehr auf den Cyber-Djihad verlegt. Aus Al-Qaida ist @-Qaida geworden. Die jungen Jihadisten haben mittlerweile Strategien entwickelt, die nicht nur Personenschäden, sondern zunehmend



Der 11. September

Foto: Macallister/dpa

Es ist relativ still geworden in Europa um den islamistischen Terrorismus. Ist die Stille trügerisch?

Unbedingt. Wir haben in den letzten 10 Jahren gelernt: Diese Art der Bedrohung durch eine militant-fundamentalistische Spielart des Islam ist eine strategische Langzeitbedrohung, die sich durch Globalität, Internationalität und Nachhaltigkeit auszeichnet. Kein Kontinent ist verschont. Retrospektiv gesehen ist in den vergangenen 10 Jahren die Mehrheit der Anschläge in Staaten begangen worden, die zur Welt des Islam gehören. Tausende Selbstmordattentate („Martyrer-Operationen“) haben mit zigtausenden Toten, Zehntausenden Verwundeten und Ver-

stümmelten zivile Gesellschaften zu Opfern gemacht. Oberflächlich herrscht in Europa relative Ruhe, das ist richtig – woanders auf der Welt aber nicht. Am Horn von Afrika, in Asien, Pakistan, Südostasien – dort sind kämpfende Jihadisten sehr aktiv. Terroristische Auswirkungen davon sind auch in Europa und damit auch in Deutschland zu beobachten, wenngleich hier zurzeit keine Bedrohungsspitzen auszumachen sind. Es wäre aber mehr als trügerisch, die Gefahren als nicht mehr virulent einzuschätzen; und es wäre fahrlässig zu schlussfolgern, dass man dementsprechend weniger wachsam sein müsse. Das Gegenteil ist der Fall – wir müssen den militant-islamistischen Ter-



maximale Wirtschaftschäden zur Folge haben. Das eine oder andere Geschehen kann – retrospektiv gesehen – dem Masterplan zugeordnet werden.

Man kann darüber nachdenken, dass die ersten Phasen in einigen Bereichen realisiert und umgesetzt wurden. Der 10. Jahrestag der 9/11-Anschläge sollte uns vor genannten Hintergründen mehr als nachdenklich stimmen.

Mir drängt sich der Eindruck auf, die westliche Welt reagiert mehr auf die Auswüchse des Terrorismus, als selbst zu agieren – also tatsächlich ein alternatives Wertesystem bieten zu können?

Der Eindruck trügt nicht und ich sehe hier zwei Aspekte, die sicher nicht sofort und nur schwer zu realisieren sind.

Erstens: Man sollte darauf reagieren, dass Djihadisten ein bipolares Weltbild haben, die Welt nicht politisch, sondern religiös in die Welten der Gläubigen und Ungläubigen (dazu gehören auch Deutschland, Russland, USA, Indien, China) teilen. Dementsprechend ist die „ungläubige“ Völkergemeinschaft in Gänze bedroht. Es bedarf hier also eines gemeinsamen Zusammenschlusses und nicht eines westlichen und östlichen Weges der Bekämpfung. Beide Hemisphären sind für ihre bedrohten Völker in der Pflicht, intensiver zusammenarbeiten – was bis heute selbst in sicherheitspolitischen Aspekten nicht ganz einfach ist.

Der zweite Bereich ist ein noch schwierigerer: Im Zusammenhang mit der strategisch Langzeitbedrohungen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dem re-



Berndt Georg Thamm, DP-Autor seit 1986, hat sich mit Sicherheitsvorkehrungen auseinandergesetzt, die Lage in Deutschland und der Welt analysiert, mehrere Bücher geschrieben und bei der Berliner Polizei Fortbildung geleistet. Foto: Holececk

ligiös motivierten Djihad eine Idee zu Grunde liegt, für die es lohnt, sich zu opfern. Djihadisten kämpfen für die Idee, dass durch Opferung ihres Lebens letztendlich später ein Gottesstaat errichtet wird. Diese Idee lässt sich durch keinerlei Antiterrormaßnahmen beseitigen. Es bedarf einer Gegenidee. Und die muss insbesondere in der Welt des Islams 1,3 Milliarden Menschen erreichen. D.h. die Völkergemeinschaft steht in der Pflicht,

ihre besten Köpfe (Philosophen, Religions- und andere Wissenschaftler, Politiker etc.) einzusetzen, um eine nachhaltig wirkende Gegenidee zu kreieren. Dabei kann es sich nur um eine Idee handeln, die ein für alle akzeptierten Wertekanon beinhaltet. Die alternative Idee sollte einen Wertekonsens beinhalten, der von allen Weltreligionen getragen werden kann – ohne jegliche Spielarten von Fundamentalismus, Militarismus und Terro-

Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst. Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!

Unsere Kredite auf einen Blick:

- ✚ **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- ✚ **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- ✚ **AbrufPlus Kredit** für spontane Wünsche und unerwartete Ausgaben bis zum 10-fachen des monatlichen Haushaltseinkommens
- ✚ **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- ✚ **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- ✚ **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- ✚ **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200
Kredit online: www.abkbank.de

 **Allgemeine Beamten Kasse**
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



rismus. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Gemeinschaftsaufgabe die klügsten und besten Köpfe auf lange Zeit fordert. Eine schwierige Aufgabe in säkularen Gesellschaften, in denen Religionen zur Privatsache geworden sind. Im Extrem zählt hier zur Meinungsfreiheit gar die Gotteslästerung. Ein politisches System, das dieses zulässt, ist aus Sicht des Glaubenskämpfers von Übel, muss attackiert werden.

Vor den genannten Hintergründen haben wir nicht alle Zeit der Welt, eine

global konsensfähige Gegenidee zu entwickeln und zur internationalen Diskussion zu stellen. Schwebt doch zeitgleich die gesamte Palette des Djiha-Terrors wie ein Damokles-Schwert über uns. Der Tod Osama bin Ladens hat die Bewegung in keinster Weise geschwächt. Es wird weitere charismatische Personen geben. Denen müssen wir etwas entgegen stellen können.

Aufgebaut werden könnte auf den 5-Säulen-Plan der UNO zur Terrorismusbekämpfung, den im März 2005 UN-Generalsekretär Kofi Annan in Madrid

vorstellte: Die Gegenidee zu einem islamistischen Gottesstaat zu entwickeln, könnte eine Art 6. Säule sein. Letztlich ist hier die bedrohte Völkergemeinschaft gefordert.

Und bis dahin? – Schauen wir zu, wie der Versuch unternommen wird, regionale Gottesstaaten wie im Iran zu errichten?

Wenn heute eine Minderheit hochmilitanter und gefährlicher Djiha-Gruppierungen im Namen einer Mehrheit von

Der Masterplan der Djiha-Terroristen

Die Phasen zur „Übernahme der Welt“ sind genau geplant

Phase 1 ist die „Erweckung“ (awakening) des Bewusstseins der Muslime in Folge der 9/11-Anschläge. Das Ziel dieser Attacken war es, die USA zu einer Kriegserklärung gegenüber der islamischen Welt zu provozieren und dadurch die Radikalen zu mobilisieren.

Phase 2 ist die der „geöffneten Augen“ (Opening Eyes); das ist die Periode, in der wir uns zurzeit befinden und die bis 2006 dauern könnte. In dieser Zeit hofft man, die westliche „Verschwörung“ (al-Muamarah) der Gemeinschaft aller Muslime (umma) bewusst machen zu können. Al-Qaida fährt in dieser Zeit fort, seine geheimen Bataillone zu formen, die dann für die Schlacht bereit wären.

Phase 3 „Erhebung und Aufstand“ (Arising and standing up), soll von 2007 bis 2010 dauern – mit stärker bzw. häufiger werdenden Attacken insbesondere gegen die säkulare Türkei und den „Erzfeind“ Israel.

Phase 4 soll zwischen 2010 und 2013 zum Untergang der verhassten arabischen Regime führen, einschließlich der Königreiche von Saudi-Arabien und Jordanien. Es werden die Öllieferanten angegriffen und die US-Wirtschaft gezielt durch Cyberterrorismus getroffen.

Phase 5 wird der Zeitpunkt sein, an welchem ein islamischer Staat oder ein Kalifat ausgerufen werden kann, wohl in

der Zeit zwischen 2013 und 2016. Erstrebt wird (von den Radikal-Islamisten) ein Kalifat in Anlehnung an die idealisierte Anfangszeit (632 bis 661) der vier ersten – „rechtgeleiteten“ – Nachfolger (arab. khalifa) des Propheten Mohammed, dem historischen Khalifate-Rashida.

Phase 6 die 2016 beginnt, wird eine Periode der „totalen Konfrontation“ sein. Sobald das Kalifat ausgerufen wurde, wird die „islamische Armee“ den Kampf zwischen den Gläubigen und Ungläubigen schüren, etwas, was durch den al-Qaida-Begründer oft vorhergesagt wurde. Unter Rückgriff auf eine Formulierung Sayyid Qutbs, dem wohl einflussreichsten Chefideologen der Muslimbruderschaft, hatte Osama Bin Laden schon vor Jahren erklärt: „Dieser Krieg ist im Wesentlichen ein Religionskrieg, also einer zwischen Glauben (Iman) und dem internationalen Unglauben (al-Kufr al-Alami)“.

Phase 7 als letzte Stufe wird als „definitiver Sieg“ beschrieben. In den Augen der Djiha-Terroristen, so Hussein, wird das Kalifat zweifellos erfolgreich sein, „denn der Rest der Welt wird so am Ende durch eineinhalb Milliarden Muslime niedergeworfen sein“. Die Phase soll 2020 abgeschlossen sein, obgleich der letzte Krieg – die „Endschlacht“ (von Armageddon) – eigentlich nicht länger als zwei Jahre dauern soll.

Es mag streitig sein, ob dieser Masterplan tatsächlich in den kommenden ein-

einhalb Jahrzehnten bis 2020 erfüllt werden kann. Unstreitig hingegen ist heute die Einschätzung, dass der asymmetrisch geführte globale Djiha auf eine lange Zeit – Jahrzehnte bis Generationen – angelegt ist und dementsprechend die freie Staatenwelt/Völkergemeinschaft nicht nur permanent bedroht, sondern einer wirklich langfristigen Herausforderung aussetzt.

Yael Shahar, Projektleiterin am Institute for Countersagte zum Bedrohungszeitraum in einem Interview im November 2005: „Al-Qaida wird zumindest für die nächsten vierzig Jahre existieren, mindestens.“

Für den harten Kern der Djiha-Terroristen zählt jeder zu den „Feinden des Islam“, der die reine Lehre des Ur-Islam und die Wiederherstellung der islamischen Ordnung in Staat und Gesellschaft sowie die Schaffung eines islamischen Großreiches ablehnt bzw. seine Mithilfe verweigert. Für diese Feinde gelten keine Schutzfaktoren: weder die Religion (auch nicht der Islam), noch die ethnische oder Staatszugehörigkeit, das Alter oder Geschlecht und der Gesundheitszustand.

Auch Deutschland zählt zu den „Feinden“, was uns nicht zuletzt durch Islamisten-Prozesse im Inland, ermordete Bundeswehrsoldaten am Hindukusch und erste Geiselnahmen am Golf deutlich vor Augen geführt wird.

Berndt Georg Thamm



TERRORISMUS

1,3 Milliarden Muslimen stellvertretend einen heiligen Krieg führt, heißt das nicht, dass das Einverständnis der gesamten muslimischen Welt vorhanden ist. Diese wurde nicht gefragt und dürfte sich mehrheitlich auch dagegen verhalten – allerdings vermisse ich mitunter auch deutliche Distanzierungen aus der muslimischen Welt von terroristischen Aktionen, vom Terrorismus insgesamt.

Und: so einen Gottesstaat zu errichten ist so einfach nicht. Der einzige erfolgreiche Versuch in der Neuzeit ist



Jüngst von Berndt Georg Thamm erschienen: **Terrorziel Deutschland – Strategien der Angreifer, Szenarien der Abwehr**, ROTBUCH Verlag, 286 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86789-130-1

tatsächlich der von Ayatollah Khomeini, der den Iran am 1.4.1979 zum Gottesstaat deklarierte. Selbst in jüngster Zeit ist die Errichtung eines Gottesstaates keine Option der Revolutionäre im „politischen arabischen Frühling“ und ich hoffe, daran wird sich auch nichts ändern.

Wenn es bei der Errichtung eines regionalen Gottesstaates schon gravierende Schwierigkeiten gibt, lässt sich ermesen, was es heißt, einen Gottesstaat weltweit errichten zu wollen. Es ist schwer vorstellbar, dass ein derartiges Vorhaben in nur 20 Jahren Realität sein soll. Aber: Die Kämpfer für dieses finale Ziel werden nicht weniger und sie nehmen sich dafür alle Zeit der Welt.

Was heißt das aktuell für Deutschland?

Diese Zeit haben wir nicht. Und daher können wir es uns in Deutschland z. B. auch nicht leisten, in punkto Sicherheitspolitik in Legislaturperiodendenken zu verharren. Es werden noch etliche Generationen von Polizisten und anderen Sicherheitskräften mit der terroristischen Bedrohung und der djihadistischen Idee zu tun haben. Wir brauchen Nachhaltigkeit und Langzeitigkeit. Und wir brauchen Aufklärung – über neue Facetten des Terrorismus, über neue Strategien, trügerische Ruhe, Hintergründe, Gegenmodelle ...

Für die Polizei und andere Schutzorgane bedeutet das aus meiner Sicht auch permanente Fort- und Weiterbildung auf diesem Gebiet für viele Jahre.

Was war aus Ihrer Sicht das größte Manko in der Reaktion auf den islamistischen Terror?

Das man am 11.9.2001 nicht sofort erkannt hat, in welchen Gesamtzusammenhängen der Dihad agiert. Denn der 9/11 war eben nicht der erste Akt des neuen Heiligen Krieges! Dessen Ursprung liegt im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts, im Jahr 1979. Im November dieses Jahres war die Besetzung der großen Moschee im saudischen Mekka und wenige Wochen später im Dezember die Besetzung der afghanischen Gebiete des Islams durch die Sowjetunion. Der Anschlag auf Mekka war der erste islamistische Terrorakt der Moderne; und der Afghanistankrieg wurde zum ersten großen Dihad der Moderne – im Grunde genommen zur „Mutter aller Heiligen Kriege“ der Neuzeit. Diese Ereignisse wurden als Katalysatoren des Dihad zu spät zur Kenntnis genommen. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Informationstechnik „zum Motor der Globalisierung des Dihad“ geworden ist.

Ob dieser Entwicklungen entstand eine intensive Zusammenarbeit betroffener Schutzorgane. Es ist ein internationales Zusammengehen gewachsen, das in dieser Form auch für die Organisierte Kriminalität wünschenswert wäre, aber hier gab es keinen „big bang“, der die Strafverfolgungsbehörden weltweit in dieser Intensität dazu gebracht hätte.

Es gibt eben Formen der Bedrohung, die über die Nation hinaus personelle, materielle und humanistische Potentiale beschädigen. Der Zusammenschluss erfolgt sukzessive auch sicherheitspolitisch. Ich bin zuversichtlich, dass uns das auch im 21. Jahrhundert helfen wird, dem Dihad Einhalt zu gebieten.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

HEROES WEAR HAIX®



COLORADO

KENTUCKY



Die perfekten Schuhe für Outdoor-Aktivitäten

Atmungsaktiv & wasserdicht durch GORE-TEX® Performance, Mittelfußunterstützung durch HAIX® -AS-System

Wir schenken Ihnen € 10,-

Ab einem Mindestbestellwert von € 50,- bei einer Bestellung auf www.haix-webshop.de gültig bis zum 10.10.2011
Geben Sie einfach bei der Bestellung den **Gutschein-Code** ein:

lojomo29

Hochwertige Qualitätsschuhe für alle Bereiche:

Feuerwehr · Rettungsdienst
Security · Jagd · Workwear & Freizeit

... denn Profis tragen HAIX®!



www.haix-webshop.de



HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
84048 Mainburg, Germany, Tel. +49 (0) 87 51/8625 - 0

Unterwegs für mehr Zivilcourage

GdP-Sternfahrt mit großer Signalwirkung

Hinsehen statt wegschauen, Engagement statt Ignoranz – ist das Ziel der bundesweiten Initiative der Polizei zur Förderung von Zivilcourage. Die „Aktion Tu was!“ von ProPK wird seit ihrem Start 2001 durch zahlreiche Projekte unterstützt. So auch kürzlich wieder von der GdP. Die rief ihre sportlichen Mitglieder auf, sich für das Anliegen in die Sattel zu schwingen und de facto radelnde Botschafter für das Anliegen zu werden.

Sie waren einfach nicht zu übersehen: Wenn die rund 100 GdP-Radfahrer unterwegs waren oder an ihre jeweiligen Ziele kamen, hatten sie die Aufmerksamkeit auf ihrer Seite: Die Medien berichteten zum Teil ausführlich, Bürgermeister und Polizeipräsidenten der verschiedenen Etappen-Städte hoben das Engagement hervor und bei den Bürgerinnen und Bürger stieß die Aufklärungsarbeit zu diesem wichtigen Thema auf großes Interesse. Die GdP-Sternfahrt (drei Touren, die in Berlin aufeinanderstießen) unter dem Motto „TU WAS! – FÜR MEHR ZIVILCOURAGE“ hat damit deutliche Zeichen gesetzt.

Im Folgenden einige Auszüge aus Berichten, die uns von Teilnehmern der Tour erreicht haben:
 „... An sämtlichen Etappenzielen wurden wir von Bürgermeistern, Polizeivertretern, Bürgerinnen und Bürgern begrüßt und von den GdP-Vertretungen bestens betreut. Vielfach wurden wir von Polizeieskorten sicher durch die Städte begleitet.

Durch Bielefeld begleiten uns 2 radelnde Bezirksbeamten. Ab Hameln findet unsere Radsternfahrt als angemeldete Demonstration statt. Wir werden ständig



Kurz vor dem Start auf dem Frankfurter Römer – zusammen mit den GdP-Sportlern (vorn v.l.n.r.) Boris Rhein, Hessischer Staatsminister des Innern und Schirmherr der Veranstaltung, Wolfgang Wurm, Präsident der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender und Gerhard Berenswill, stellvertretender Polizeipräsident von Frankfurt/Main.



Aufmerksamkeit auch in Dortmund – v. l. stellvertretender Polizeipräsident Möring, daneben Veit Seeliger vom Sponsor SIGNAL IDUNA samt einem „historischen Schutzmann“ und Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender von NRW.



Ankunft in Berlin – geschafft und bestens gestimmt. Empfangen wurden die Aktiven u. a. vom GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut, der stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Kerstin Philipp (Mitte) und Polizeivizepräsidentin Margarete Koppers.

durch Streifenwagen und mehrere Motorräder eskortiert. Die dritte Etappe führt uns nach Wolfsburg. Sie verläuft relativ flach, unsere Gruppe ist eine Einheit geworden, wir merken die 110 km kaum in den Beinen. Heute haben wir einen Gastradler dabei: Dietmar Schilf, GdP-Landesvorsitzender von Niedersachsen, hat sich auf die Etappe vorbereitet, mit einem geliehenen Rad kurbelt er munter mit ...

Die letzte Etappe führt uns bis unter das Brandenburger Tor. Mehr als 100 Radfahrer, Betreuer und Begleitfahrzeuge machen sich gemeinsam auf den Weg in die Bundeshauptstadt. Dort angekommen, stoßen wir auf viele Menschen – darunter Touristen mit teilweise fragenden Gesichtszügen. Wir verteilen



GDP-AKTION

etliche Infoflyer, reden mit ihnen und so manchem wird jetzt klar, worum es geht. Ich wünsche mir, dass die Botschaft „Tu Was! Für mehr Zivilcourage“ beim Bürger ankommt und sich langsam in den Köpfen etwas ändert.

Mein Fazit: Eine hervorragend orga-

nisierte Radsternfahrt, unsere Begleiter (pensionierte Polizisten) waren ein eingespieltes Team, die uns ständig den Rücken freihielten. Zu einem anderen Anlass würde ich solch eine Tour wieder mit der GdP bestreiten. Vielen Dank!“

Gerald Hoffmann



Unterwegs – mit Kraft, Spaß und einer Mission

„ ... Von den Betreuern bestens versorgt, wurde die 2. Etappe von Schleiz über Saalfeld nach Rudolstadt gestartet. Diese war zwar nur 90 km lang, wies aber giftige Anstiege auf. Auch hier wurden wir durch die Kraftfahrer und Bewohner begrüßt. Teils durch Hupkonzerte und Beifallsbekundungen wurde die Sternfahrt honoriert. Für uns als Teilnehmer war diese Art der Begeisterung beeindruckend und das fand sich auch in unserer Stimmung wieder ...

In Saalfeld erfolgte durch die Bevölkerung, den Repräsentanten der Stadtverwaltung, Landtagsabgeordnete und Polizeipräsidenten ein überaus herzlicher Empfang. Im Rathaus wurde viel diskutiert, wie wichtig es ist, an die Öffentlichkeit mit einem solchen Ansinnen zu gehen. Es ist ja zu verzeichnen, dass in der Polizei immer mehr Personal abgebaut wird, aber die Aufgaben immer größer werden. Straftatenbewältigung ist nur mit der Bevölkerung möglich, so der einhellige Tenor. Unter großem Beifall wurde wir in Richtung Rudolstadt verabschiedet ... “

Winfried Schiller

„... Besonders beeindruckend war am Morgen der 4. Etappe die Rede des Bürgermeisters Gerhard Förster in Naumburg

„Vor dem Hintergrund erschreckender Gewaltvorfälle wie dem Tod Dominik Brunners am S-Bahnhof München-Solln im Jahr 2009 und sich in letzter Zeit häufender Gewalttaten u. a. an Berliner U-Bahnhöfen hat die GdP mit ihrer durch acht Bundesländer führenden Sternfahrt die Aktion ‚weggeschaut. ignoriert. gekniffen. Tu was für Zivilcourage‘ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) unterstützt und ein aktives Zeichen für mehr Zivilcourage gesetzt. Denn die Bereitschaft, anderen in Notsituationen helfen zu wollen, verlangt nicht nur Mut. Zu wissen, wie man hilft, ohne sich selbst zu gefährden, ist dabei von besonderer Bedeutung.“

**GdP-Bundesvorsitzender
Bernhard Witthaut**

„Wir haben nicht nur unsere sportliche Herausforderung bewältigt, sondern während unserer Tour vor allem die enorme Bedeutung von Zivilcourage wirksam transportiert.“

**Jörg Bruchmüller, Mitglied des
Geschäftsführenden Bundesvorstandes
und Leiter der Sternfahrt**



GDP-AKTION

am Markt. Mit dieser Tour würde die GdP eine notwendige Wertediskussion anschieben, die längst überfällig sei. Er zeigte sich von der Idee der GdP-Sternfahrt begeistert und wir waren es auch ...

Mit Polizeifahrradeskorte erreichten wir die Lutherstadt Wittenberg, wo uns Oberbürgermeister Naumann vor dem Rathaus herzlich begrüßte und uns für unser gesellschaftliches Engagement viel Glück wünschte. Allerdings musste ich ihn korrigieren, denn er verharnte im Irrglauben, wir hätten vom Dienstherrn für unsere Sternfahrt Urlaub bekommen. Dass wir uns auch im Urlaub für dieses Motto engagieren, fand er dann besonders bemerkenswert ...

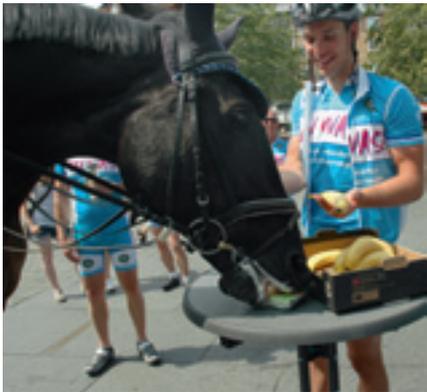
Unsere Schlusstappe bei schönstem Sonnenschein war gekrönt von der Begrüßung radelnder Kollegen des Lan-



Medieninteresse auch in Braunschweig – Tobias Conradi (NRW), Toursprecher der Westroute im Interview mit Hit Radio Antenne Niedersachsen und Sachsen-Anhalt-Welle



Und immer wieder Gespräche – die Touristinnen am Brandenburger Tor in Berlin können nach Hause mitnehmen, wofür sich Polizisten in ihrer Gewerkschaft engagieren.



Pferd der Reiterstaffel in Braunschweig – ewig hungrig – probierte auch die Infokarten.

desbezirks Berlin unter der Leitung von Michael Purper und Klaus Kullick auf der Glienicker Brücke. Mit Polizeieskorte ging es durch den Süden Berlins bis zum Brandenburger Tor, wo uns Frau Polizeivizepräsidentin Koppers, Bernhard Witthaut und Kerstin Philipp herzlich willkommen hießen. Nicht nur die freundliche Begrüßung der Passanten, sondern auch das besondere Gefühl, nach einer sehr ereignisreichen und strapaziösen Woche mit tollen Kolleginnen und Kollegen das Brandenburger Tor erreicht zu haben, vermittelte die berühmte Gänsehaut.

Bedanken möchte ich mich beim Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Herrn Staatsminister Boris Rhein, der freundlicherweise die Schirmherrschaft für unsere GdP-Sternfahrt übernommen hat. Weiterhin danke ich allen Sponsoren, Helfern, Betreuern und nicht zuletzt allen

Aktiven, die sich in ihrer Freizeit für dieses Projekt einsetzten. Und nicht vergessen möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen, die uns während der GdP-Sternfahrt mit Krädern und Streifenwagen begleitet, gelotst und immer sicher zum Etappenziel brachten. Eine tolle Erfahrung!“

Jörg Bruchmüller



Alles vor der Linse – dokumentierte die Fahrt in zig Bildern und unter hohem körperlichen Einsatz: Herbert Bison aus NRW.



Empfang in Hannover – inmitten der Aktiven: v. l. Polizeipräsident Uwe Binias, Dietmar Schilff, GdP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, und Landespolizeidirektor Uwe Lührig

Fotos: Herbert Bison (5), Peter Wittig (1), Marion Tetzner (2), Michael Zielasko (1)



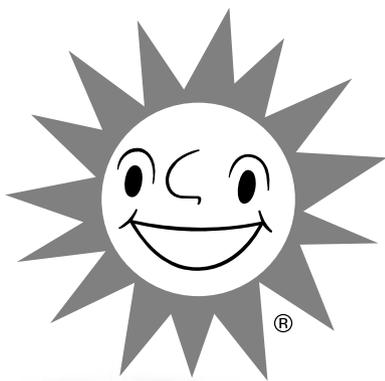
GdP-Themen auf Internationalem Arbeitsschutzkongress in Düsseldorf

Wie in jedem „ungeraden“ Jahr findet auf dem Düsseldorfer Messegelände auch in 2011 wieder der Internationale Arbeitsschutzkongress mit angegliederter Arbeitsschutzmesse unter der Bezeichnung „A+A“ statt. Der Kongress vermittelt Informationen rund um das Thema Arbeitsschutz an die international vertretenen Arbeitsschutzspezialisten. Das Angebot reicht von Einzelvorträgen bis hin zu Plenarveranstaltungen, die vom 18. bis 21. Oktober 2011 in mehreren parallel laufenden Foren stattfinden.

Die GdP hat vor einem Jahr ihre Themenvorschläge eingereicht und sich damit zur Teilnahme mit eigenen Beiträgen beworben. Vor wenigen Wochen erhielt die Bundesgeschäftsstelle die erfreuliche Nachricht, dass sogar zwei Vorträge bei den Juroren, die über Annahme oder Ablehnung von Beiträgen entscheiden, auf Interesse gestoßen sind und damit angenommen wurden.

Kernthema bilden die Gesundheitsmanagementsysteme. Die GdP leistet in einem

diesbezüglich definierten Themenblock ihren Beitrag, indem sie darstellt, welche Gestaltungsmöglichkeiten die Personalräte auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes haben. Dieses Thema ist insofern mehr als spannend, als sich die Rechtslandschaft zwischen den länderspezifischen Regelungen und denen des Bundes ins Verhältnis zum Betriebsverfassungsrecht, also der Arbeitsgrundlage für Betriebsräte, äußerst zerklüftet darstellt. Aber gerade in diesen Schluchten finden sich verborgene Pfade, die zu beschreiten oft mehr Erfolg verspre-



Deutschlands beliebtestes Spiel- und Glückssymbol



Mit über 400 eigenen **Casino**s, davon allein über 200 in Deutschland, nur echt mit **MERKUR Spielothek** als Schriftzug mit MERKUR Sonne, prägt das Unternehmen deutschland- und europaweit die Trends moderner Entertainmentcenter. Damit sorgt die familiengeführte Gauselmann Gruppe für eine attraktive Form der Freizeitgestaltung und unterhält so viele Millionen Menschen.

Die zur Gauselmann Gruppe gehörenden Firmen adp Gauselmann GmbH und MERKUR GAMING GmbH

wiederum sind führend auf dem Gebiet der Entwicklung und Produktion von Unterhaltungsspielgeräten mit und ohne Geldgewinn für Europa unter Deutschlands beliebtestem Glücks- und Spielsymbol, der MERKUR Sonne.

Aktuell ca. 6300 Menschen – davon über 5000 in Deutschland – sind bei der Unternehmensgruppe beschäftigt. Das gesamte Geschäftsvolumen der Unternehmensbereiche des deutschen Marktführers lag im Geschäftsjahr 2010 bei gut 1,5 Milliarden EURO.



ARBEITSSCHUTZ

chen, als der vermeintlich direkte Weg. Der Vortrag soll ermutigen, solche Wege zu finden und auch dann zu beschreiten, wenn es zielführend erscheint.

Der zweite Vortrag, der im Rahmen der Thematik Gewalt am Arbeitsplatz/psychische Belastung von unserer Seite angeboten wird, behandelt die Chance, mittels eines sinnvollen und zweckmäßigen Präventionskonzepts zu versuchen, Suizide von Polizeibeamtinnen und -beamten, über den Weg des besseren Verstehens vielleicht sogar verhindern zu können. Ein anspruchsvolles Unterfangen, ohne Zwei-

fel. Ob es gelingt, kann heute noch nicht prognostiziert werden. Aber immerhin gibt es bereits hervorragende Beispiele in der Polizei Deutschlands, die durchaus eine Leuchtturmwirkung entfalten können. Beispiele dieser Art wollen wir darstellen und mit den Teilnehmern des Kongresses diskutieren.

Wir, die Verantwortlichen in der GdP, die sich dem Arbeitsschutz verschrieben haben, würden uns freuen, in den skizzierten Foren möglichst viele Kolleginnen und Kollegen treffen zu können. Es sei an dieser

Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass eine Freistellung für die oben dargestellten Beiträge (und zahlreiche andere auch) durch Beschluss des zuständigen Personalratsgremiums möglich ist.

Referieren werden für die GdP der Gewerkschaftssekretär der Bundesgeschäftsstelle, Hans-Jürgen Marker (Thema Suizidprävention, am 18.10.2011 ab 13 Uhr) sowie Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender zu den Gestaltungsmöglichkeiten der Personalräte im Betrieblichen Gesundheitsmanagement am 20.10.2011 ebenfalls ab 13 Uhr.

hjm

ANKÜNDIGUNG

Fachkongress zur Zukunft der Polizei in Deutschland

Am 17. Oktober 2011 veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Fachkonferenz zur „Zukunft der Polizei in Deutschland“. Im Fokus der Konferenz stehen unter anderem folgende Themen: „Gewalt gegen Polizeibeamte – reichen unsere Gesetze aus? – Ist eine Verfassungsänderung im Bereich Luft- und Seesicherheit nötig? – Brauchen wir eine Bundesfinanzpolizei? Braucht der Bund



mehr Kompetenzen im Polizeibereich“? Zudem sollen Auslandseinsätze und die EU-Harmonisierung diskutiert werden.

Termin: 17.10.2011, 11-18 Uhr
Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin.

Die Fachkonferenz ist grundsätzlich öffentlich im Rahmen der Verfügbarkeit der Plätze. Der Eintritt ist frei, es wird aber um Anmeldung gebeten:

per E-Mail: forum.ml@fes.de
per Telefax: (030) 26 935 9240

Dr. Irina Mohr

SERVICE

Die neue GdP-VISA-Card

Wie bereits berichtet, kann die neue GdP-VISA-Card seit dem 15.12.2010 von allen GdP-Mitgliedern über www.gdp.de/kreditkarte beantragt werden.

Das Kontopakete, bestehend aus Internet-Konto und GdP-VISA-Card, findet bei den Mitgliedern der GdP große Akzeptanz. Es fallen keine Kontoführungs- und Kreditkartengebühren an. Ferner sind Bargeldabhebungen mit der GdP-VISA-Card an Geldautomaten innerhalb und außerhalb Deutschlands kostenfrei. Guthaben auf dem Internet-Konto werden mit 0,5 % p.a., Guthaben auf dem GdP-VISA-Card Konto sogar mit 1.65 % p.a., Zinssatz variabel verzinst.

Das maximale Kreditkartenlimit für DKB-Neukunden beträgt 1.000 Euro.

Die DKB bietet ausschließlich Internet-Banking an; somit ist der Abschluss bzw. die Kontoführung nur über das Internet möglich. Kolleginnen und Kollegen, welche keinen Internetanschluss haben, können diese Karte leider nicht beantragen.

Noch ein Hinweis:

GdP-Mitglieder, die bereits DKB-Bestandskunden sind, können



die GdP-VISA-Card jederzeit unter www.gdp.de/Kreditkarte beantragen. Die bisherige Konto Nr. bleibt bestehen, es wird lediglich eine neue PIN vergeben. Den ausgefüllten Antrag einfach an die DKB, Berlin senden.

Diana Lühr





... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

BURNOUT. DEPRESSIONEN. ANGST.

Benötigen Sie Hilfe? Gemeinsam finden wir den Weg.

In einem kostenfreien Vorgespräch klären unsere Chef- oder Oberärzte die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Gerne kümmern wir uns um alles Weitere, z.B. um die Kostenübernahme durch Ihre Private Krankenversicherung.

HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach
Dr. med. Volker Reinken · Sebastian-Kneipp-Allee 7 · 87730 Bad Grönenbach
Telefon: +49 (8334) 259 929-550 · bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de



HELIOS
Privatkliniken GmbH



www.helios-privatkliniken.de

- Anzeige -

Burnout oder Trauma?

Die Symptome werden von den Betroffenen oft verwechselt. Die HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach hilft Ihnen dabei, zwischen Burnout und einer posttraumatischen Belastungsstörung zu unterscheiden.

Als Polizeibeamte sind Sie in Ihrem beruflichen Alltag immer wieder Situationen ausgesetzt, die posttraumatische Reaktionen auslösen können. Häufig werden diese fälschlicherweise unter dem Begriff Burnout zusammengefasst. Die Behandlung dieser Krankheitsbilder unterscheidet sich jedoch grundsätzlich.

Unsere Privatlinik bietet Ihnen hier im Rahmen ambulanter Vorgespräche – persönlich oder auch per Telefon – die Möglichkeit, Klarheit zu schaffen und unterstützt Sie bei der Entscheidung für die nächsten Schritte einer Behandlung – ganz nach Ihren Bedürfnissen stationär oder ambulant.

Mehr Informationen zu unseren Angeboten und Behandlungsergebnissen erhalten Sie unter der Telefonnummer 0 83 34 / 25 99 29-550, unter www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach oder bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de



Die volle Hingabe und die soziale Frage in der Polizei

Die „Polizei“ und somit der Polizeiberuf genießt in der Bevölkerung ein hohes Vertrauen. Bei Umfragen werden immer vordere Plätze belegt. Doch während sich die Aktiven besonderer Sympathien erfreuen, werden sie im Ruhestand häufig nur noch als Kostenfaktor, als Belastung für die Öffentlichen Haushalte wahrgenommen. Diese Kostendebatte vernachlässigt die Grundlagen der sozialen Frage in der Polizei als Teil der öffentlichen Verwaltung.

Die Zahl der Leistungsempfänger des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems steigt an. So hat im Zeitraum von 1990 bis 2010 der Bestand der Ruhehaltsempfänger und -empfängerinnen und derer Hinterbliebenen insgesamt um rund 22 % zugenommen. Diese Tendenz hält weiter an. Am 1. Januar 2010 bezogen rund 1,5 Millionen Personen im Zusammenhang mit einem ehemaligen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis Versorgungsleistungen. Neben den hohen Einstellungszahlen in den 1960er und 1970er Jahren hat auch die allgemein gestiegene Lebenserwartung zu dieser Entwicklung beigetragen. Hinter dieser Zahl steckt auch immer der Verdacht, das Beamtentum in Deutschland sei Selbstzweck, der sich auch noch selbst bewirtschaftet.

Rechtsstaat und Berufsbeamtentum hängen zusammen

Bei der Organisation der öffentlichen Verwaltung nach dem zweiten Weltkrieg wurde entschieden, an die Tradition des Berufsbeamtentums anzuknüpfen. Die verlässliche Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch Beamtinnen und Beamte und die unparteiische, unbestechliche und am Gemeinwohl orientierte Amtsführung sind direkt auf die in der deutschen Ver-

fassung (Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz) verankerten Prinzipien des Berufsbeamtentums zurückzuführen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben eine enge Verknüpfung zwischen Demokratie bzw. Rechtsstaat einerseits und Berufsbeam-

amtangemessenen Alimentation wird nicht ohne Grund den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ zugerechnet. Sie ist die Grundlage für ein unabhängiges Berufsbeamtentum. Beamtinnen und Beamte befinden sich nicht in einem arbeitsvertraglichen Leistungs-Gegenleistungsverhältnis, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Dieses besondere Rechtsverhältnis soll eine allein an Recht und Gesetz orientierte Amtsführung gewährleisten. Aus diesem Grunde erhalten Beamtinnen und Beamte kein Gehalt,



Immer gefordert: Voller Einsatz auch während der Ausschreitungen nach dem Schanzfest im Schanzenviertel in Hamburg 2010.
Foto: Marcus Brandt/dpa

tentum andererseits gesehen. Beamte setzen das demokratisch gesetzte Recht rechtsstaatlich um. Gewährleistet wird dies unter anderem durch eine unparteiische und neutrale Amtsführung, besondere Berufspflichten sowie Treue- und Gehorsamspflichten. Das Beamtentum auf Lebenszeit und das Alimentsprinzip stellen sicher, dass sich der Beamte dem öffentlichen Dienst als Haupt- und Lebensberuf widmen kann, ohne auf andere Finanzierungsquellen angewiesen zu sein. Korruption wird so entgegengewirkt und demokratische Rechtsstaatlichkeit befördert. Die Zusage einer lebenslangen

sondern werden eben amtsangemessen alimentiert/besoldet. Die Versorgung der Beamtinnen und Beamten ist die Fortsetzung der Besoldung im Ruhestand.

Der „Generationenvertrag“ im Allgemeinen erhält so seine besondere Bedeutung für die öffentliche Verwaltung und damit auch für die Polizei. Es ist wichtig in der Diskussion um die Beamtenversorgung, an diesen Ursprung und seine Bedeutung für die Innere Sicherheit zu erinnern.

Mit dieser grundsätzlichen Umschreibung wird aber auch die besondere Er-



schwernis des Polizeiberufes beschrieben. Das staatliche Gewaltmonopol und auch die schlichte Daseinsvorsorge für die Sicherheit der Menschen in unserem Lande werden unter Umständen durch den Einsatz von Leben oder körperlicher Unversehrtheit gewährleistet. Dieser Umstand ist kennzeichnend für den Polizeiberuf.

Beamtinnen und Beamte befinden sich nicht in einem arbeitsvertraglichen Leistungs-Gegenleistungsverhältnis, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis.

Diese Feststellung kann sogar noch erweitert werden: Es gab in Deutschland Zeiten, in denen Parteien noch Vorstellung von Innerer Sicherheit hatten und auf Bedrohungslagen oder Veränderungen im Staatsaufbau mit erhöhten Einstellungen reagierten. Dies kann ganz konkret für die Jahre von 1976-1981 und nochmals im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit festgestellt werden.

Die Beschäftigten der Polizei gewährleisten zu jedem Zeitpunkt die Innere Sicherheit für unsere Gesellschaft – wenn nötig auch durch den Einsatz von Gesundheit und Leben. Nun erleben wir eine Debatte über die Finanzierung der Beamtenversorgung, die diesen Einsatz hingegen völlig unberücksichtigt lässt.

Bei der Alterssicherung handelt es sich immer um eine mehrere Jahrzehnte umspannende Systementscheidung. Diese Grundentscheidung kann man gut oder schlecht finden, zu ändern ist sie nicht mehr ohne weiteres. Sie bildet vielmehr zwingend den Rahmen für alle nachfolgenden Reformüberlegungen. Dies gilt insbesondere für Fragen der Finanzierung. Die Arbeitsleistung dieser Menschen war politisch gewollt und hat maßgeblich zum heutigen gesellschaftlichen Wohlstand beigetragen. Allerdings wurde im Vertrauen auf eine stetig weiter wachsende Wirtschaft für die zugesagten Versorgungsleistungen keine finanzielle Vorsorge getroffen.

Leistungen der Beamtenversorgung

Die Menschen, die sich für ihr gesamtes Berufsleben an einen Dienstherrn gebunden haben, haben ihre Lebensplanung auf dieser Zusage aufgebaut. Der Grundsatz der Versorgung aus dem letzten Amt ist

dabei die Zusicherung einer Lebensstandardsicherung auch nach der Pensionierung. Für ein auf Lebenszeit angelegtes Beschäftigungsverhältnis ist diese Zusicherung nach Auffassung der Gewerkschaften nach wie vor angemessen.

Die Frage, welches Niveau, also welcher Versorgungssatz, als angemessen anzusehen ist, bedarf selbstverständlich einer gesetzlichen Festlegung. Hierbei ist die Gewerkschaft der Auffassung, dass die Kürzungen der letzten Jahre die Betroffenen bereits erheblich belasten. Wenn das System aber ein „angemessenes“ Niveau definiert hat, muss diese Vollversorgung im Regelfall auch zeitlich erreichbar sein. Bei der Betrachtung der Lebensarbeitszeit sollten zugleich Erwerbsbiografien eingehend gewürdigt werden. Gerade in der Polizei gibt es Belastungsmomente, die berufsspezifisch waren und sind – von Schichtdienst über traumatische Ereignisse bis hin zur Arbeitsverdichtung durch Personalabbau und Aufgabenzuwachs.

Der Gesetzgeber hat versucht, die Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auszugleichen, indem das staatlich geförderte Angebot von betrieblicher und privater Altersvorsorge ausgebaut wurde. Im Bereich der Beamtenversorgung kam es ebenfalls zu einer spürbaren Minderung der Leistungen. Allerdings scheidet für Beamtinnen und Beamte die Möglichkeit der betrieblichen Altersvorsorge aus systemimmanenten Gründen aus. Zu den historischen Tatsachen gehört allerdings



BRUNOX®

Waffenpflege ist
- **Lauffreinigung,**
- **Korrosionsschutz**
- **und Schmierung**

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meeremann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leisten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de. Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont. Anschrift: Bombergalerie 10, 31812 Bad Pyrmont



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN.**

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

**Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!**



NaturaMed®
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

Ganzheitsmedizinische
Ursachendiagnose

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



Reise-Trolley-Set aus Polycarbonat/ABS Materialmix

Robustes Reise-Trolley-Set mit 4 Doppelrollen in Carbon-Optik. Der Polycarbonat ABS-Materialmix ist einer der leichtesten und widerstandsfähigsten, sowie härtesten und elastischsten Kunststoffe. Das Reise-Trolley-Set ist somit äußerst strapazierfähig und hält auch härtesten Beanspruchungen stand. Für einen besonders hohen Reisekomfort sorgt die einfache Handhabung:

- Teleskoprolleysystem
- Griff oben und seitlich
- TSA
- Zahlenkombinationsschloss
- 4 Doppelrollen
- Verstärkte Kanten

Auch im Innenbereich sind die Trolleys bestmöglich ausgestattet. Besonders angenehm ist die beidseitige Packmöglichkeit durch eine Packtrennwand und einen Packgurt. Das vorhandene Netzfach bietet Platz für Ihre kleineren Reiseutensilien.

Trolley groß:

Außenmaß: ca. 52 x 78 x 32,5 cm
Innenmaß: ca. 47,5 x 70 x 17 + 16 cm
25-3009

69,95 €

Trolley mittel:

Außenmaß: ca. 46 x 68 x 30,5 cm
Innenmaß: ca. 41 x 59 x 15 + 15,5 cm
25-3109

59,95 €

Trolley klein:

Außenmaß: ca. 40 x 58,5 x 25 cm
Innenmaß: 35,5 x 49,5 x 12 + 13 cm
25-3209

49,95 €



Letzter Bestelltermin: 30. September 2011



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! **Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:**

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de

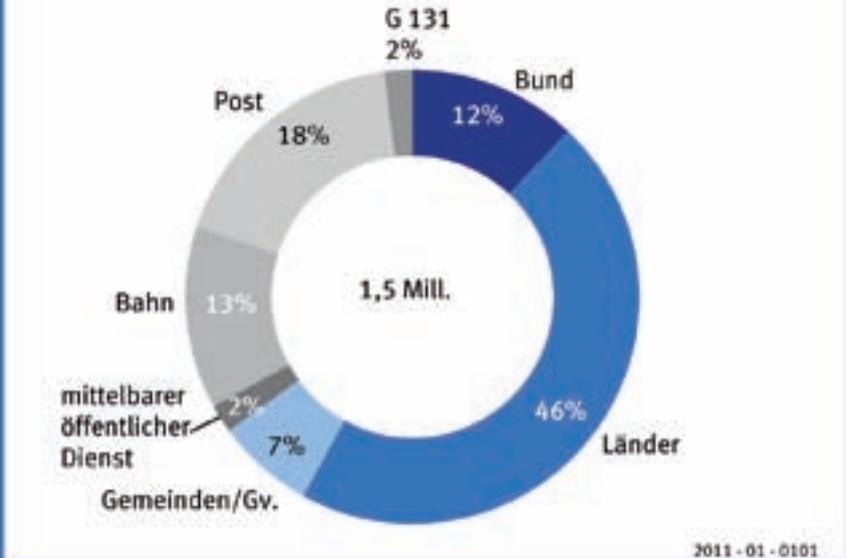
VERSORGUNG

auch, dass die Versorgungsrücklage „politisch veruntreut“ wurde.

Der Dienstherr hat bei einem auf Lebenszeit angelegten Dienstverhältnis auch dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsbedingungen ein gesundes Arbeiten bis zur Altersgrenze möglich machen. Hierzu muss insbesondere die Arbeitszeitverlängerung der letzten Jahre rückgängig gemacht werden. Einzufordern vom Staat als Arbeitgeber und Dienstherr ist, dass er selbst die arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben einhält, die er von privatwirtschaftlichen Arbeitgebern per Gesetz abfordert.

Tatsächlich ist es so, dass in der gesamten Organisation der Polizei eine Arbeitsverdichtung eingetreten ist. Personalkürzungen, Organisationsveränderungen, betriebswirtschaftliches Management sind nicht von jedem Einzelnen zu verantworten. Gleichwohl muss der in der Polizei Beschäftigte mit diesen veränderten Rahmenbedingungen arbeiten. Dies hat in den letzten Jahren zu einer erhöhten Belastung geführt – einer Belastung, die ihren Ursprung in der Erschwernis des Berufes hat. Unbeachtet der psychischen und phy-

Schaubild 1 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen am 1. Januar 2010 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie nach Artikel G 131 des Grundgesetzes



Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Februar 2011

**Meine Empfehlung:
Jetzt mit
0 Aufwand zum
0 Gebühren-Konto
wechseln.**



Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de



Sparda-Banken

freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:

Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)



sischen Belastungen im täglichen Dienst nehmen Polizeibeamte und -beamtinnen die Diskussion um die Finanzierung ihrer Altersversorgung nunmehr als einseitige Aufkündigung der Vereinbarung ihres Treueverhältnisses wahr. Für die Motivation der gegenwärtigen Beschäftigten in der Polizei kann dies nicht ohne Folgen bleiben. Die Nachwuchsgewinnung für die Polizei wird sich dadurch im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ebenso erschweren.

Die Beantwortung der sozialen Frage

 *Die Beantwortung der sozialen Frage in der Polizei hat einen engen Zusammenhang zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit – dessen sollten sich all jene bewusst sein, die dies zu verantworten haben.* 

in der Polizei hat einen engen Zusammenhang zur Gewährleistung der Inneren

Sicherheit – dessen sollten sich all jene bewusst sein, die dies zu verantworten haben. Heute kann es nicht darum gehen, die Folgen vergangener Entscheidungen allein den Beamtinnen und Beamten aufzubürden. Es müssen vielmehr Wege gefunden werden, die zugesagten Versorgungsleistungen zu finanzieren, ohne die Allgemeinheit zu überlasten. Des Weiteren ist für zukünftige Beamtengenerationen eine sichere Versorgung zu gewährleisten.

Jörg Radek

Versorgungsrücklage in Rheinland-Pfalz

Ein Beispiel für das differenzierte Herangehen der Länder

Mit dem schwarz-roten Versorgungsreformgesetz 1998 (VReformG) wurde § 14 a Bundesbesoldungsgesetz eingeführt.

In dem Gesetz wird ausgeführt, dass um die Versorgungsleistungen angesichts der demographischen Veränderungen und des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfänger zukünftig sicherzustellen, bei Bund und Ländern Versorgungsrücklagen als Sondervermögen einzurichten sind.

Diese sollen durch die Gelder gespeist werden, welche durch die Verminderung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen um 0,2 % einbehalten werden. Diese Maßnahme sollte zum Absenken des Besoldungs- und Versorgungsniveaus um 3 % führen. Als Zeitraum wurde damals die Zeit vom 1. Januar 1999 bis zum 31. Dezember 2013 festgelegt. Die Mittel der Sondervermögen dürfen nur zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben verwendet werden.

Mit dem Versorgungsreformgesetz 2001 wurde die Absenkung der Höchstversorgung von 75 % auf 71,75 % beschlossen. Dies sollte in acht Schritten erfolgen, und zwar jeweils bei Besoldungs- und Versorgungserhöhungen. Die Absenkung erfolgt sowohl für Beamtinnen und Beamte, als auch für Pensionäre und Hinterbliebene. Für den Zeitraum dieser Absenkung wurden die Maßnahmen aus § 14 a BBesG ausgesetzt, und bis zum 31.12.2017 verlängert.

Für RLP ist dieser achte Schritt mit der Besoldungserhöhung zum 1.4.2011 erreicht. Dies bedeutet, dass für alle Versorgungsempfänger wie Beamtinnen und Beamten der Höchststruhegehaltssatz auf 71,75 % abgesenkt ist. Pensionäre und Hinterbliebene werden einen neuen Versorgungsbescheid bekommen.

Die Abschmelzung um 0,2 % ist bis zum in Krafttreten des Versorgungsreformgesetzes 2001 dreimal erfolgt. Diese Gelder

sind für RLP bis zum 31.12.2010 auf einen Betrag von ca. 350 Millionen angewachsen. Dieses Sondervermögen ist durch Schuldverschreibungen des Landes gesichert und wird durch den Finanzierungsfond für die Beamtenversorgung RLP, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, verwaltet. Bei dieser Anstalt ist ein Beirat gebildet, welcher die Haushaltssatzung und Haushaltsrechnungen des Finanzierungsfonds beschließt.

Diesem Beirat gehören neben dem Direktor des Fonds und einem Vertreter des Finanzministeriums auch Vertreter der Spitzenverbände DGB und DBB an.

Die jährliche Zuführung ist mittlerweile auf ca. 45 Millionen Euro angewachsen.

Im Dienstrechtsänderungsgesetzwurf der Landesregierung ist ausgeführt, dass für die Jahre 2012 - 2016 jährlich die Besoldung und Versorgung um 1 % steigen soll.

Diese Erhöhungen würden dazu führen, dass die Abschmelzung um 0,2 % aus § 14 a BBesG wieder greifen würde. Dies würde bedeuten, dass die Besoldungserhöhung auf 0,8 % abgesenkt würde.

Um dies nicht durchzuführen hat die Landesregierung im Dienstrechtsänderungsgesetz den Artikel 8 eingeführt, welcher festlegt, dass für die dem Jahr 2011 folgenden Besoldungserhöhungen keine Zuführungen zum Finanzierungsfond geleistet werden.

Gleichzeitig wurde festgelegt, dass bereits ab dem Jahr 2012 Mittel aus dem Sondervermögen zur Reduzierung der Versorgungslasten entnommen werden. Die Mittel, welche sich aus den Absenkungen bis 2001 ergeben (45 Millionen Euro) werden weiterhin dem Finanzierungsfond zugeführt. Gleichzeitig soll der Beirat aufgelöst werden.

Das Gesetzesvorhaben der Landesregierung bedeutet:

- Die 1%ige Besoldungserhöhung wird nicht auf 0,8 % abgeschmolzen.
- Die Versorgungsrücklage wird nicht weiter ausgebaut.
- Die Zuführungen aus den Abschmelzungen der Jahre 1999, 2000, 2001 (ca. 45 Millionen Euro) werden geleistet.
- Die Entlastung der Finanzierung der Versorgung erfolgt bereits ab 2012 durch die Entnahme aus dem Finanzierungsfond.
- Die Maßnahmen dienen dem Erreichen des Einsparvolumens von 220 Mio. Euro.
- Da sich die Zuführungen und die geplanten Entnahmen in etwa entsprechen werden, bleibt die Gesamtsumme in Höhe von 350 Mio. Euro erhalten.

Nach ersten Gesprächen des DGB (Astrid Clauss) und der GdP (Heinz Werner Gabler, Markus Stöhr und Ernst Scharbach) mit dem FM scheint sich abzuzeichnen, dass der Beirat des Finanzierungsfonds nicht abgeschafft wird. Dies wäre zu begrüßen, da DGB und DBB damit in der Lage sind, Informationen zu den Ausgaben und Einnahmeseiten des Fonds zu erhalten. Die GdP ist im Beirat durch Kollegen Gabler vertreten.

Für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte hat RLP seit 1996 einen eigenen Finanzierungsfond eingerichtet, der für diesen Personenkreis die zukünftigen Versorgungsleistungen absichern soll. Dieser Finanzierungsfond ist von den o.g. Maßnahmen nicht betroffen. Die Verfahrensweise der Finanzausstattung des Fonds wird jedoch derzeit aktuell vom Bund der Steuerzahler angezweifelt. In diesem Fond befanden sich zum 31.12.2009 ca. 2 Milliarden Euro, welche in Schuldverschreibungen des Landes angelegt sind.



Diskussionen um Cybercops und Vorratsdatenspeicherung

Auf der ersten Veranstaltung der diesjährigen Polizeitage des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei in Kiel wurde die Frage nach der „Sicherheit in und mit Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)“ erörtert. Im Fokus standen unter anderem die Themen Datenschutz sowie Kommunikation und Information. Dabei diskutierten die Teilnehmer über die Fahndung in sozialen Netzwerken, den notwendigen Personaleinsatz und die Massendatenspeicherung.

„In punkto IT-Sicherheit müssen sowohl die Verwaltung, als auch die Wirtschaft ihre Bemühungen weiter ausbauen“, erläuterte Volker Dornquast, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, zu Beginn. „Cybercrime betreffe jeden PC-Nutzer, so dass Maßnahmen zur IT-Sicherheit weiter vorangetrieben werden müssten.“



Staatssekretär Volker Dornquast

In Schleswig-Holstein würden dazu Leitlinien erarbeitet, in denen unter anderem auch ein IT-Notfallsystem für standardkonforme Systeme enthalten sein soll. Dazu gehöre aber auch die Einstellung des notwendigen Personals. Aber auch die Möglichkeiten der Strafverfolgung müssten an das Aktionsfeld der Täter angepasst werden. „Wenn das Internet zum Tatwerkzeug wird, muss die Polizei darauf zugreifen können“, so Dornquast, der zudem die Einführung von Mindestspeicherfristen für Kommunikationsdaten forderte.

Gegen die Datenspeicherung über einen Zeitraum von sechs Monaten sprach sich

der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Thilo Weichert aus. „Das größte Hindernis für den Datenschutz im Internet ist die Vernetzung“, so der Kieler Datenschutzbeauftragte. Geburtsdaten, Namen und IP-Adressen können über das Netz ausgespäht und zu Personenprofilen verbunden werden. Stattdessen begrüßte er den Vorschlag aus dem Bundesjustizministerium zum Quick-Freeze-Verfahren. Die Speicherfrist von sieben Tagen sei schon ein Angebot an die Polizei. Ihm persönlich tue es in der Seele weh, wenn Kommunikationsdaten und IP-Adressen überhaupt gespeichert würden, so Weichert. Auch die Nutzung sozialer Netze lehnte der Datenschützer ab, mit dem Verweis, dass die meisten dieser Netzwerke nicht in Deutschland gehostet seien, sondern in den USA, wo datenschutzrechtliche Bestimmungen viel geringer ausfallen würden und eine Kontrolle nicht möglich sei. Stattdessen solle die Polizei lieber das sichere und geprüfte Netzwerk StudiVZ nutzen.

Demgegenüber sprach sich Ralf Höhs, stellvertretender Direktor des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein für die Vorratsdatenspeicherung mit einer sechsmonatigen Laufzeit aus. Anhand der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) lasse sich die Notwendigkeit dieses Instrumentes ablesen. Insgesamt habe sich der Anteil des Tatmittels Internet in den letzten sechs Jahren fast verachtfacht. Belief sich der Anteil 2004 auf 6,4 Prozent, so sei er bis 2010 auf 47,7 Prozent gestiegen. Mit dem Ende der Vorratsdatenspeicherung sei die Zahl der erfolgreichen Fälle signifikant abgerutscht.

Brauchen wir den Cybercop?

Bei jeder Straftat wird in Zukunft ein Computer involviert sein, wie Prof. Dr. Tobias Eggendorfer, Hochschule der Polizei (HdP) Hamburg, erläuterte. Die

Neue Termine 2011

**MS Noröna
WIKINGER-KREUZFABRT**

**7-TÄGIGE REISE NACH
ISLAND UND AUF DIE FÄRÖER**

PSW-Termine: **10.09., 17.09., 24.09.**

(Oktober-Termine auf Anfrage)

Eine Wikinger-Kreuzfahrt lässt Sie den Spuren der Nordmänner folgen und entführt Sie in die faszinierenden Destinationen Island und Färöer. Erhalten Sie einen tiefen Eindruck von der unvergleichlichen Schönheit der nordischen Natur.

An Bord der **MS Noröna** erwartet Sie ein besonderes Erlebnis. Erholen Sie sich und beobachten Sie den Sonnenuntergang von unserer Sky-Bar aus. Spannende Ausflüge erwarten Sie. Nehmen Sie Ihr eigenes Fahrzeug mit auf die Reise und entdecken Sie die Touren ganz individuell. Sie können sich aber auch den organisierten Ausflügen mit sachkundiger Führung anschließen.

Im Reisepreis enthaltene Leistungen:

- Schiffsfahrt Hirtshals - Färöer Inseln - Island und zurück
- Zweibett-Innenkabine mit Dusche & WC
- 6 x Frühstücksbuffet an Bord
- 1 x großes Wikingerbüffet am Freitag
- 1 x Willkommen-Cocktail
- 1 x Kaffee und Isländischer Kuchen
- 1 x Wikingerpunsch
- 1 Wikinger-Urkunde
- Buchungsgebühren u. Treibstoffzuschlag
- Pkw-Mitnahme pro Buchung, einmalig 99,- Euro
- Nutzung der Einrichtungen an Bord der MS Noröna
- Informationsmaterial
- Halbpension kann gebucht werden (5 x Abendessen, 125,- Euro)
- Ausflüge fakultativ buchbar

Unterbringung in
Doppelkabine p. Person
€ 399,-



PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0 43 1 - 1 70 93
Telefax 0 43 1 - 1 70 92
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck,
Telefon 04 51 - 5 02 17 36
Telefax 04 51 - 5 02 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-kiel.de

* bei Buchung von 2 Personen.





Kieler Dialog: Brauchen wir den Cybercop? Teilnehmer v.l.n.r: Peter Kaminiski, ESRI; R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber *Behörden Spiegel*; Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender GdP; Michael Koettlitz, GdP, Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes in Schleswig-Holstein
Fotos (3): Martin Jung



Prof. Dr. Tobias Eggendorfer

eigentliche Computerkriminalität lässt sich hingegen in zwei Angriffsarten klassifizieren. Einerseits in Angriffe auf den Menschen und andererseits in Angriffe auf Programme. Für die Polizei bedeute dies neue Wege bei der Personalgewinnung einzuschlagen.

Die Diskussion um einen Cybercop zur Verbrechensbekämpfung im Internet zeigte jedoch eines sehr schnell deutlich. „Ein Polizist wird immer ein Polizist bleiben und nie ein IT-Fachmann werden“, sagte Michael Koettlitz, Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes der GdP in Schleswig-Holstein. Deshalb werde der Einsatz von IT-Fachkräften immer nötiger. Denn die Flut der zu sichtenden

Datenmenge nehme rapide zu. Alleine fünf Dienststellen für die IT-Beweissicherung gebe es in Schleswig-Holstein, und alle seien überlastet. Koettlitz sprach damit das Grundproblem für die Polizei bei der Strafverfolgung in der digitalen Welt an: Es gibt zu wenig IT-Experten in der

Polizei. Einstellungen von 150 IT-Fachkräften, wie jüngst in Schleswig-Holstein, seien immer noch die Ausnahme, denn gute Kräfte haben ihren Preis.

„Die Menschen, die wir benötigen stehen für A15 nicht zur Verfügung“, stellte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut nahezu ernüchternd fest. Beide hoffen auf die sogenannten „Digital Natives“, die gegenüber den jetzt 50-jährigen Polizisten einen Wissensvorsprung hätten.

Jörn Fieseler,
Redakteur des *Behörden Spiegel*

INTERNETKRIMINALITÄT

Herausforderung Cybercrime

Vinton Cerf, einer der Väter des Internets, prägte den Ausspruch „Das Netz ist wie ein Blatt Papier. Es ist nichts als ein weiteres Werkzeug für die Kommunikation und kann als solches genutzt und auch missbraucht werden.“ Allerdings ist dieses Werkzeug durch die Geschwindigkeit seiner stetigen Weiterentwicklung nicht nur schwer zu erfassen, sondern vor allem auch sehr machtvoll.

Entgegen klassischen Straftaten ist durch die Begehung von Cybercrimes meist keine direkte Interaktion mit dem Opfer mehr nötig und die Begehung der Taten ist problemlos über Ländergrenzen hinweg möglich. Eine automatisierte Vorgehensweise erlaubt dabei eine große Zahl von Opfern und die Ermittlung bzw. Verfolgung der Täter wird so erheblich erschwert. Selbst das Streuen krimineller Ideen oder die bloße Aufforderung zu einer Straftat erreichen im Internet unge-

ahnte Dimensionen. Das jüngst medienwirksam in Szene gesetzte Manifest von Anders Breivik, dem Attentäter von Oslo und Utøya, spricht hier Bände: Der Täter hatte sein 1.500-seitiges Manifest kurz vor den Anschlägen an 1.003 E-Mail-Empfänger gesandt und ins Internet gesetzt – und damit seinen Aufruf zu weiteren politisch motivierten Gewalttaten auf ewig zum freien Zugriff in den Weiten des Internets verankert. Aktuell zeigt alleine der Internetsuchdienst Google unter dem Namen



des Manifests mehr als 230.000 Treffer an. Kein anderes Kommunikationswerkzeug hätte dies erreichen können.

Mit seinen Möglichkeiten zur Begehung immer neuer Formen von Straftaten bildet Cybercrime eine Kernherausforderung für die heutige und zukünftige Polizeiarbeit.

Begriff & Entwicklung

Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff Cybercrime? Während Ausdrücke wie etwa KI-Delikte, Internetstraftaten und Computerkriminalität über lange Zeit nahezu synonym benutzt wurden, setzt sich zur europaweiten Angleichung zunehmend auch national der Begriff Cybercrime durch. Das BKA definiert Cybercrime dabei als „alle Straftaten, die unter Ausnutzung der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) oder gegen diese begangen werden“ (BKA: Cybercrime. Bundeslagebild 2010).

In der frühen Phase des Cybercrime waren dies zunächst Straftaten, die unter Nutzung des Computers effektiver begangen wurden. Traditionelle Straftaten wurden sozusagen durch die Nutzung von Computern unterstützt. Er half bspw. beim illegalen Verkauf von Waffen oder dem Erfragen von Kontodaten.

Kurz darauf wurden Straftaten bereits unter Nutzung globaler Netzwerke begangen, wie bspw. dem Hacking in fremde Systeme.

Eine weitere Evolutionsstufe erreichte das Cybercrime dann durch die Nutzung automatisierter Computerstraftaten, bei denen fremde Rechner koordiniert und in riesiger Anzahl ohne Wissen der Besitzer missbraucht werden. Dabei wird zunächst etwa sogenannte Ratware benutzt – Software die den Massenversand von E-Mails steuert. Den Mails wird schadhafter Inhalt (Malcode) hinzugefügt, der fremde Rechner angreift und im Erfolgsfall infizierte PCs schafft, die durch Hacker steuerbar sind (Zombies). Diese Zombies können dann riesige Netzwerke aus tausenden infizierter PCs bilden (Botnets), die wiederum weiteren Massenversand schadhafter Software steuern oder auch DDoS Angriffe begehen können. Wörtlich bedeutet DDoS „Distributed Denial of Service“, also die zugeteilte Verweigerung des Dienstes, indem bspw. Systeme mit einer Vielzahl von fehlerhaften Anfragen bombardiert werden und wegen Überlastung den Dienst einstellen. Noch gut in Erinnerung sind die vor einigen Monaten aufgetretenen DDoS-Angriffe im Zusammenhang mit der von Julian

Assange initiierte Webseite WikiLeaks (die geheime Daten offenlegt, um damit nach eigenen Angaben „unethisches Verhalten in ihren Regierungen und Unternehmen“ zu enthüllen). Zunächst war WikiLeaks Ende November 2010 kurz vor der angekündigten Veröffentlichung geheimer Dokumente des US-amerikanischen Außenministeriums selbst Opfer eines DDoS-Angriffes geworden. Die Internetaktivisten „Anonymus“ starteten daraufhin DDoS-Angriffe auf Unternehmen wie Mastercard oder Visa, die sich gegen WikiLeaks gestellt hatten.

kann etwa bei einem globalen Anbieter von Sicherheitssoftware mit der Publikation von Spitzenwerte in der Zunahme von Cybercrime durchaus von anderen Absichten ausgegangen werden, als bei der reinen Zusammenstellung von polizeilichen Kriminalstatistiken. Letztere haben hingegen eher die Funktion eines Tätigkeitsberichtes, denn eines realen Abbildes der begangenen Straftaten. Dies gilt insbesondere für Cybercrimes, bei denen erhebliche Selektionsprozesse ein enormes Dunkelfeld vermuten lassen. Im Gegensatz zu dem faktisch klaren Anblick



Machtvoll im Verborgenen

Foto: Greatan Bally/dpa

Ausmaß

Aus kriminologischer Sicht erscheint eine quantitative Eingrenzung des Phänomens als problematisch. Dr. Werner Rüter prägte in einem Vortrag in Interlaken 2006 das passende Bild: Der Versuch, den Umfang von Internetkriminalität bestimmen zu wollen gleiche „dem Ansinnen, eine Vielzahl von sich ständig bewegenden Bällen und mehr oder weniger aufgeblasenen Ballons in einem riesigen Gefäß festhalten und (be)greifen zu wollen“. Denn aufgrund der schnellen technologischen Dynamik und den vielfältigen gesellschaftlichen Interessen muss bei publizierten Zahlen in diesem Bereich stets hinterfragt werden, wer, wie diese Ballons aufbläst oder die Luft aus ihnen herauslässt und warum. So

eines Gewaltopfers, muss die Fehlfunktion eines Computers zunächst bemerkt, dann als fremdverschuldet erkannt und auch noch als strafrechtlich relevant identifiziert werden. Zudem muss diese Tat dann bei Strafverfolgungsbehörden angezeigt und trotz eingeschränkter Ressourcen angemessen bearbeitet werden.

Umgekehrt verzerren auch Anwaltskanzleien das Bild, die sich bspw. auf Fehler in der Formulierung des Impressums auf einer Webseite oder Urheberrechtsverletzungen spezialisiert haben und eine massive Strafanzeigenflut hervorrufen. Bevor eilig Trends geäußert werden, müsste zudem geprüft werden, wie sich die Menge der Internetkriminalität im Vergleich zum Anstieg der Internetnutzung verändert hat. Es darf weder um





erfasst. Dabei bemerken die Herausgeber der Studie, dass die Professionalität der eingesetzten Schadsoftware und auch die Spezialisierung sowie Professionalisierung der Täter zugenommen hat. Dem BKA-Bericht zufolge hat sich in Deutschland zudem mittlerweile eine sogenannte „Underground Economy“ etabliert, die bspw. Schadsoftware oder gestohlene Zugangsdaten anbietet. Schon ein Blick auf das öffentlich zugängliche Videoportal Youtube zeigt bei der Suche mit entsprechenden Schlüsselbergriffen dutzende Videos, die konkrete Anleitungen zum Hacken, Cracken und Programmieren von Viren zeigen.

Dramatisierung, noch um Verharmlosung gehen.

Was sagen aktuelle Statistiken nun vor diesem Hintergrund aus? Das Ende Juni erschienene Bundeslagebild des BKA weist bei einem Anstieg von 19 % gegenüber dem Vorjahr nunmehr 59.839 Straftaten aus. Gut 27.292 (46 %) dieser Taten wurden im Bereich des „Computerbetrugs“ begangen, weitere 15.190 im

Bereich „Ausspähen/Abfangen von Daten“. Die restlichen finden sich in den Bereichen „Betrug mit Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten“, „Datenfälschung, Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung“ und „Datenveränderung/Computersabotage“. Einzelne Phänomene, wie etwa Phishing beim Onlinebanking oder gezielte DDoS-Angriffe auf Server werden jedoch separat

Es sind nicht mehr nur Computernerds, die unter erheblich spezialisiertem Fachwissen schädigen, sondern die kriminellen Handlungen sind in vielen Bereichen durch Software und Anleitungen buchstäblich kinderleicht geworden.

Eine ebenfalls im Juni veröffentlichte repräsentative Studie der Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.)



Ein guter Fang für Ihre Sicherheit!

Wir sind der Spezial-Versicherer der Polizei!

Die SIGNAL IDUNA Gruppe gibt Ihnen die finanzielle Sicherheit, die Sie erwarten. Reden Sie mit uns.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe

Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst • Joseph-Scherer-Str. 3 • 44139 Dortmund
Telefon (02 31) 1 35 - 25 51 oder schreiben Sie eine E-Mail an oed-service@signal-iduna.de



an über 1.000 befragten Internetnutzern erlaubt noch einen weiteren Blickwinkel: 47 % der Befragten gaben an, dass ihr Computer bereits einmal mit einem Schadprogramm infiziert worden sei, 13 %, dass bereits Zugangsdaten ihres Computers ausspioniert worden seien. Nur 30 % berichteten, keine negativen Erfahrungen gemacht zu haben.

Erfragt wurde ebenso die Meinung der Bürger zu einem stärkeren Eingreifen des Staates im Internet. Zur vorbeugenden Gefahrenabwehr am Beispiel des Terrors befürworteten dies 78 %, zum Verbraucherschutz 77 % und zur Aufklärung bzw. Verfolgung von Straftaten 74 %. Nur 30 % der Befragten befürworteten dagegen die Speicherung von Internet-Verbindungsdaten für polizeiliche Zwecke. Erstaunlicherweise surfen immer noch 21 % der Studienteilnehmer völlig ohne Virenschutz und Firewall. 47 % stimmten der Aussage zu, dass ihnen noch Informationen fehlen, was sie für den Schutz ihrer Daten im Internet tun können. Für die Prävention eröffnen sich damit erhebliche Möglichkeiten, schon durch reine Aufklärung über Gefahren und Information über Schutzmöglichkeiten.

Relevante Grenzbereiche

Neben dieser engeren Sichtweise gibt es zahlreiche Grenzbereiche des Cybercrime, die ebenfalls eine erhebliche Relevanz für die Polizei besitzen.

Grenzbereich antisoziales Verhalten

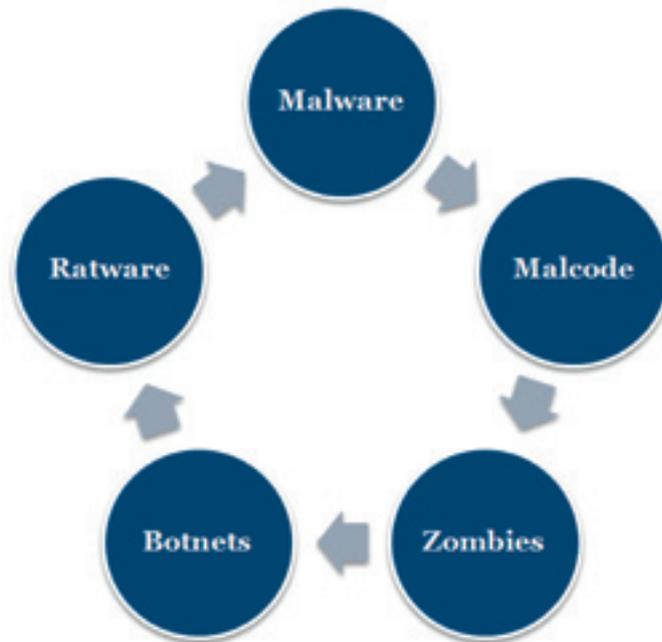
Aus kriminologischer Perspektive ist Kriminalität nicht notwendigerweise als juristische Straftat definiert. Relevant sind u.a. auch antisoziales Verhalten, das nicht kriminell ist (bspw. den Ehepartner via Seitensprung-Webdienst zu betrügen) und abweichendes Verhalten, das nicht kriminell ist (bspw. geschmacklose Bilder von sich ins Internet zu stellen). Im Bereich des antisozialen Verhaltens, das durchaus auch strafrechtlich relevante Ausmaße erreichen kann, fallen spontan die oft unbedarften Umgangsweisen von Jugendlichen mit dem Internet ins Auge. Auch hier gilt, dass das Internet die Wirkung bzw. Konsequenzen abweichenden Verhaltens erheblich potenzieren kann. Dies zeigt sich beim spontanen Einstellen von demütigenden Bildern oder auch beim gezielten Mobbing unter Nutzung des Internets: War zum Aufnehmen eines herkömmlichen Mobbings unter Jugendlichen meist die direkte Konfrontation mit dem Opfer nötig, so reichen beim

Cybermobbing etwa im Verborgenen gemachte Aufnahmen, die digitalisiert und verändert werden. War beim herkömmlichen Mobbing vor allem das direkte Umfeld involviert, ist der Zugriff auf die Demütigungen über das Internet grenzenlos möglich. Konnte ein Täter beim herkömmlichen Mobbing das Ende seiner Tat bestimmen, kann er beim Cybermobbing einmal veröffentlichte Bilder, Aussagen oder Filme kaum wieder aus dem Internet entfernen. War die Familie früher ein Ruheort vor den Nachstellungen des Mobbings, werden die Opfer heute auch über das Internet in ihrer Sicherheitszone zu Hause getroffen. Internationale Studien zeigen einen gewaltigen Anstieg dieses Problemfeldes in den westlichen Industrienationen. Intensive Präventionsbemühungen sind hier unabdingbar.

Grenzbereich Industriespionage

Einer Studie von Sicherheitsspezialist McAfee (2008) an 900 mittelständischen Unternehmen in 9 Ländern zufolge, hatten 2008 bereits 73 % der befragten Unternehmen einen Datenverlust zu verzeichnen. Eine aktuellere Studie vom britischen Marktforschungsinstitut Bloor benennt bei 40 % der Studienteilnehmer ein Datenleck. Dabei handelt es sich nicht mehr bloß um Hobby-Hacker, die nach Schwachstellen fahnden, sondern gut organisierte Banden, die gezielt sensible Systeme angreifen. Oft werden Trojaner in die Rechner der Unternehmen eingeschleust, um Mitarbeiter-, Kundendaten, geistiges Eigentum oder Geschäftspläne

Kreislauf automatisierter Computerkriminalität



Grafik: Robertz

Ratware:

Software zum Massenversand von E-Mails

Malware:

von Ratware gesendete Schadprogramme (Trojaner), die Malcode enthalten

Malcode:

Viren/Würmer, die Zombie PCs erschaffen können

Zombies:

Infizierte PCs die durch Hacker steuerbar sind

Botnets:

Netzwerke von Zombies, die DDoS Angriffe begehen können, aber auch weiteren Spam senden

auszulesen. Diese Trojaner installieren heimlich ein eigenständig auf dem Computer arbeitendes Spionageprogramm, das sich durch Beenden oder Löschen des Trojanerprogramms nicht deaktivieren lässt – eine Lösung die weit billiger ist, als stattdessen Geld in die eigenständige Entwicklung neuer Produkte zu investieren. Die Angst von Datenverlust oder DDoS-Angriffen führt dabei auch zu einer erhöhten Verwundbarkeit gegenüber Erpressungsversuchen.

Grenzbereich Cyberwar und Terrorismus

Durch die Möglichkeit, in fremde Systeme einzudringen, wird der Missbrauch von Computernetzen selbst für die Kriegsführung und für Terroranschläge interessant. Ziele eines Cyberwar können in der Gewinnung von Informationshoheit und



INTERNETKRIMINALITÄT

Manipulation von Daten liegen. Ebenso in der Spionage über militärische Operationen und der Sabotage von militärischen und zivilen Zielen.

Neben dem eigentlichen Hacken von Sicherheitseinrichtungen, ist dabei erneut die Propaganda von radikalen Gruppen bis zu extremistischen Einzeltätern zu beachten.

Bei dieser Vielfalt an Gefahren erscheint es zur gelingenden Bekämpfung von Cybercrime durchaus relevant, zum Einen die Ebenen der privaten und industriellen, sowie nationalen Datensicherheit analytisch zu trennen und spezialisiert dagegen vorzugehen. Zum Anderen sollten

auch die Schädigungsebenen differenziert werden. Experimentelles Verhalten von Jugendlichen, gezielte Straftaten zum monetären oder Machtgewinn und terroristische Angriffe müssen auf völlig unterschiedlichen Ebenen analysiert und bekämpft werden.

Aktuelle Entwicklungen

Jewgenij Kaspersky, ein russischer Experte für Computersicherheit und Chef einer weltweiten Internetsicherheitsfirma bezeichnete Cybercrime kürzlich als zweitgrößte kriminelle Aktivität nach dem Drogenhandel. Zwar hat er durchaus

eigene Interessen, Datenballons aufzublauen (nicht zuletzt als Konsequenz seines Kampfes gegen Viren wurde sein Vermögen vom Magazin Forbes Russia 2010 auf ca. 550 Millionen Euro geschätzt), doch gilt er auch als einer der wohlmeinenden Pioniere der Internetsicherheit. Neben der Einführung von Internet-Pässen forderte er im Mai auf der Konferenz des Australian Computer Emergency Response Team (AusCERT) auch die Schaffung eines „Internet Interpol“ und eine bessere Kooperation zwischen internationalen Strafverfolgungsbehörden. Damit hat er durchaus recht, denn angesichts der globalen Ausrichtung des Cybercrime muss die zukünftige Stoßrichtung unweigerlich

Reise & Erholung



wasser-craft
rafting canyoning oetztal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € **154,-**

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Kollege bietet ruhige **FEWO** für 2-3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland, Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 30,- € pro Tag, Endreinigung € 15,-.
FEWO Retterath · Lambertusstr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Berlin-Mitte, FeWo bis 5P., 2 Schlafz.,
Wohnz. mit Balkon, TV, Küche, Bad,
S- u. U-Bahn in d. Nähe. Ab 45 € / Tag.
Tel. 0 30 / 402 66 93

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

MAURITIUS
Kollege bietet App.- und Bung.-Anlage,
direkt am Meer, ab 32,- €/p./Tag, inkl. HP.
Tel.: 0 21 58/40 08 05, Fax: 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 0 30/56 58 58 58 oder 01 79/4 93 68 42

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift,
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,
DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne,
96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf,
60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick,
Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22
jochen.lipke@online.de

Nordsee - Büsum
Zentral gelegene FeWo/Bungalow
Tel.: 0 48 34/93 66 08 · Fax: 96 05 71

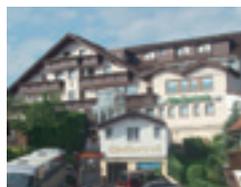
Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Örding
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese.
www.Ferienwohnungen-Deharden.de 0 48 37/3 30

Büsum - Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 04825/2206

Zittauer Gebirge - Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof,
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla,
Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

R Ü G E N
... in dem
Ostseebad Binz!
Schnupperpreis ab 15.9.
für 2 Pers. 40,- Euro/Tag
01 72/9 52 25 35 · www.ichbinz.com



Seniorenrechte Ferien für Gruppen & Einzelreisen 2012 im Spessart
85 Betten - Lifte - Hallenbad 30° - Kegelbahn - Livemusik & Tanz - Panoramalage

Staatl. anerk. Erholungsort. 90 km Wanderw. Alle Zi. Du/WC/TV/Fön, HP 38,50, VP 44,50 (Buffet), EZZ 7, inkl. Kurtaxe, Freiplätze, Livemusik, Reiseleitung, Film, Bingo, Grillfest u. m. **Ideal für Ausflüge.** Prospekt anfr. Tel. 09355-7443, Fax 7300, Frühbuchervorteil. www.landhotel-spessarttruh.de

***Landhotel Spessarttruh, Wiesenerstr. 129, 97833 Frammersbach



Hilfe bei Migräne

Für alle Migräne- und Kopfschmerzpatienten – auch in hoffnungslosen Fällen.
Auch ambulante Behandlung. Wir sind bei allen Kassen zugelassen und beihilfefähig.

NEU!
Migräne-CheckUp mit Therapieempfehlung

Ölmühlweg 31/DP D-61462 Königstein/Ts. Tel. 06174.2904-0 info@migraene-klinik.de

Infos: www.migraene-klinik.de

» Wir behandeln nach neuesten Erkenntnissen der Kopfschmerzforschung:

- Schulmedizin
- Naturheilverfahren
- Psychotherap. Methoden

» Stressbewältigungstraining

» Informationen und Training zur Selbsthilfe

über 30 Jahre

Migräne- und Kopfschmerz-Klinik Königstein
Die Kopfschmerz-Spezialisten





Der Kriminologe Dr. Frank J. Robertz, Leiter des „Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie“ (IGaK) in Berlin, führt europaweit praxisorientierte Fortbildungen zur Prävention und Intervention von Gewalt durch und verfasste neun Fachbücher – darunter im letzten Jahr auch „Orte der Wirklichkeit. Über Gefahren in medialen Lebenswelten Jugendlicher“.



lauten, dass auf internationaler Ebene intensive Kooperationen gestärkt und zentrale Anlaufstellen geschaffen werden. Fast resignierend schätze er jedoch ein: „Wir sprachen schon vor 10 Jahren darüber und fast nichts ist geschehen.“ Auf eine derartige Einrichtung müsse seiner Ansicht nach wohl noch weitere 15 Jahre gewartet werden.

Dennoch ist lokal schon jetzt vieles in Bewegung. Der Direktor von Europol, Rob Wainwright, hat in diesem Jahr verlauten lassen, dass er nicht nur den Aufbau eines Europäischen Cybercrime Zentrums plant (das von der Europäischen Kommission finanziert wird), sondern auch versuchen will, Millionen von Internet-Nutzern in der EU zum Kampf gegen Cybercrime zu mobilisieren. Dabei schlägt er als Weg eine Technik namens „Crowd Sourcing“ vor.

Unter diesem Schlagwort soll das Bewusstsein von Individuen und Organisationen für ihre eigene Verantwortung in der Bekämpfung des Cybercrime gestärkt werden. Wie effektiv dies geschehen kann und wie konsequent es umgesetzt wird, kann nur die Zukunft zeigen. Im Moment soll es in erster Linie um ein länderübergreifendes Berichtssystem gehen. Während das Amerikanische „Internet Crime Complaint Center“ (IC3) stärker auf die Berichte von Opfern fokussiert, soll das Crowd Sourcing dazu dienen, Bürger

generell für verdächtige Vorkommnisse im Internet zu sensibilisieren, damit diese umfassend gemeldet werden. Bis zum Einsatz des Systems wird allerdings noch einige Zeit vergehen. Wenn die Finanzierung gelingt, soll das Europäische Cybercrime Zentrum 2014 eröffnet werden. Das Crowd Sourcing soll einen Teil seiner Aufgaben bilden.

Derweil ist Deutschland auf Bundesebene schon einen Schritt weiter. Auch wenn es mitunter aufgrund seiner geringen Personaldichte von nur 10 Mitarbeitern in Frage gestellt wird, erweist sich das Nationale Cyber-Abwehrzentrum des Bundes (NCAZ) als richtungweisend. Das NCAZ, das am 1.4.2011 seine Arbeit aufgenommen hat, ist eine Kooperationseinrichtung deutscher Sicherheitsstellen auf Bundesebene zur Abwehr elektronischer Angriffe auf IT-Infrastrukturen. Der Fokus wird dabei gemäß Bundesinnenminister Friedrich auf die Prävention, Information und Frühwarnung gegen sogenannte Cyber-Angriffe gelegt. Und auch auf Länderebene gibt es Bewegung. So ist etwa ein Cybercrime-Zentrum im LKA NRW angekündigt, in dem 100 Polizisten, Wissenschaftler und Techniker ermitteln, bzw. Ermittler vor Ort unterstützen werden. Eine ausführliche Betrachtung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) findet sich in Ausgabe 9/2009 der DP.)

Die Ideen von Yvonne Jewkes, Professorin für Kriminologie an der University of Leicester, sind noch ein wenig radikaler, als Wainwrights Crowd Sourcing. Sie will ebenso die Bevölkerung zur Hilfe mobilisieren, schlägt jedoch dabei nicht nur die Anzeige von Straftaten vor. Mit dem „Distributed Policing“ soll die Polizei

ihrer Meinung nach in Zukunft auch das Verantwortungsgefühl der Bevölkerung für die Prävention von Computerkriminalität wecken. Das ist durchaus sinnvoll, denn die eingangs genannte Bitkom Studie hatte gezeigt, dass 21% der User nicht einmal Virenschutz oder eine Firewall nutzen. Allein hier gilt es schon viel zu verändern, denn spätestens seit der neueren Generation des Cybercrime betrifft ein fahrlässiger Umgang mit Sicherheitsbemühungen nicht mehr nur den eigenen Computer, sondern auch die Sicherheit anderer Systeme. Als Zombie zweckentfremdet, kann ein befallener eigener PC als Werkzeug für Straftaten anderer genutzt werden. Doch wie kann Distributed Policing umgesetzt werden?

Wege zu einem Distributed Policing

Es gilt, der Bevölkerung eindringlich die Gefahren des Cybercrime zu verdeutlichen und dabei auch ihr eigenes Verantwortungsgefühl zu stärken. Neben Informationsmaterialien und aktiven Vermittlungsversuchen wären dabei auch das Wissen und die Möglichkeiten aller Bürger zur effektiven Vorbeugung vor Cybercrime zu verbessern. Im Idealfall könnte nach Yewkes sogar eine normative Grundlage geschaffen werden – die gesetzliche Verpflichtung zum eigenen Schutz wäre dann analog zu der Pflicht zu sehen, im KFZ einen Sicherheitsgurt zu tragen.

Dr. Frank J. Robertz

Literatur zum Weiterdenken

- BITKOM (2011): Datenschutz im Internet – Eine repräsentative Untersuchung zum Thema Daten im Internet aus Nutzersicht. Download unter: www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Publikation_Datenschutz_im_Internet.pdf
- BKA (2010): Cybercrime: Bundeslagebild 2010. Download unter: www.bka.de/lageberichte/iuk/bundeslagebild_cybercrime_2010.pdf
- Ester, Marc-Aurél & Benzmlüller, Ralf (2009): Whitepaper 2009 – Underground Economy. Download unter: www.gdata.de/uploads/media/Whitepaper_Underground_Economy_9_2009_DE.pdf
- Schönbohm, Arne (2011): Deutschlands Sicherheit – Cybercrime und Cyberware. Münster: Octopus Wernert, Manfred (2011): Internetkriminalität: Grundlagenwissen, erste Maßnahmen und polizeiliche Ermittlungen. Stuttgart: Boorberg.



Die „Kernbehörden“ (BSI, Bundesamt für Verfassungsschutz und BBK) sind ständig im Cyber-Abwehrzentrum vertreten. Die „assozierten Behörden“ (Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Bundeswehr) werden über Verbindungsbeamte regelmäßig und anlassbezogen eingebunden.



Kapitalmarkt

UNSER ANGEBOT
für Beamte und Arbeitnehmer
im öffentlichen Dienst

Optimierung ihrer Allzweck- und
Hauskredite zu einer
Wunschrate!

Kostenloser Finanzierungs-Check
für ihre Hausfinanzierung!

Forwarddarlehen!



06187/90522-0

vermittelt durch:
BVD GmbH
Stresemannstraße 3
61137 Schöneck

www.bvdfinanz.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer
Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen
von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre,
Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie
uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**Spezialkredite
für Polizeibeamte**

+ Sehr niedrige Zinsen
+ Lange Laufzeiten
= **Kleine Monatsraten**

Rechnen Sie Ihre monatliche Ersparnis
auf unserer Website selbst aus oder
rufen uns einfach gebührenfrei an:

0800 - 770 80 80 **ERGO**

www.beamtenkredit.de

MEHR GELD IM PORTEMONNAIE
QUÄLEN SIE SICH MIT IHREN HOHEN KREDITRATEN DURCH DEN MONAT?
WIR HABEN DIE LÖSUNG FÜR SIE!

RUFEN SIE HEUTE NOCH AN!

0800 - 666 8 444

WWW.UMSCHULDEN-LEICHT.DE

VERMITTLUNG: REUSCHLING & WEIS GMBH · RIMBACHSTRASSE 19 · 98527 SUHL

- RATENZUSAMMENFASSUNG
- ZINSENKUNG
- NIEDRIGE WUNSCHRATE
- ZINSGARANTIE
- HYPOTHEKENDARLEHEN
- BEAMTENDARLEHEN
- FORWARDARLEHEN



BARGELD noch HEUTE!
Tel. **02 01/22 13 48**

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000–100000 €.

- Laufzeit bis 120 Monate
- ohne Auskunft bis 7000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Raten zu hoch?
Zeigen SIE ihrer Bank die **ROTE KARTE!**
Darlehen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
Forwarddarlehen und kostenloser Check für ihre Hausfinanzierung
einfach ANRUFEN und SPAREN:

0800 - 7255666

vermittelt seit über 40 Jahren: **WWW.SALLMON.DE**
Prof. Dr. Sallmon GmbH - In den Wörden 10 - 16356 Ahrensfelde-Berlin



Spezialist für Baufinanzierungen

- bis zu 120 % Beleihung möglich
- Kaufpreis und Renovierung
- Nebenkosten
- Kreditablösung möglich
- Umschuldung
- Auch in schwierigen Fällen

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Fordern Sie Angebote an.

vermittelt: Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH
Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen
Fon 05 51 / 9989844 • Fax 9989830
info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

**Hypotheken, Beamten-
u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken
Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und
beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Äthiopien: Zwei statt einer
in einem Gebiet, in dem die Ernährung
nicht das ganze Jahr gesichert
ist, werden alle Hände in der Land-
wirtschaft gebraucht, und im Haus-
halt ebenso. Aber selbst dann gibt
es manchmal kaum etwas zu essen.
Die Mekane Yesus-Kirche, der ein-
heimische Partner von „Brot für
die Welt“, kämpft auf allen Ebenen
gegen den Hunger. So z.B. bei den
Konso. Durch den Bau von Kanälen
und verbesserte Anbaumethoden
sind dort inzwischen zwei Ernten
möglich. Das reicht für die Grund-
ernährung, und mit Glück kann noch
etwas auf dem Markt verkauft wer-
den. Mit ihrer Spende unter-
stützen Sie unser Engagement
gegen Hunger und Armut.

Brot für die Welt
Postbank Köln
Konto 500 500 100
BLZ 370 100 50
Postfach 10 11 42
7010 Stuttgart



Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • Pf. 3136 • 46314 Borken-Weseko



Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ **0800 - 77 88 000**

Vermittelt: Karin Jaeckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130 - 97572-30 • Fax 05130 - 97572-59 • E-Mail jaeckel@beamtendarlehen-center.de



Extra günstig vom Spezialisten
anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht,
kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie*
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter
Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €

*Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:
Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L.
oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine
günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei
uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der
Police), erhalten Sie einen **100.-€-Tankgutschein**.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68150 Mannheim
Fax: (0621) 178150-25
Info@AK-finan.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest
gebunden) 5,7%, Lzf. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effek-
tiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicher-
heit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur
stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisier-
ung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mo-
belkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate,
Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Alkoholeinfluss. Die gesamte Veranstaltung wurde mit erheblichen Widerstand (verbal, Androhung von Schadenersatzansprüchen, Regressforderungen) von der Polizei beendet.

Auf ähnlichen Veranstaltungen kam es im gesamten Inspektionsbereich zu zum Teil erheblichen Straftatbeständen, besonders Gewaltdelikte unter Alkoholbeeinflussung ab ca. 3.00 Uhr. Dieses Phänomen zeigte sich, wie aus Presseberichten zu entnehmen ist, in ganz Niedersachsen.

Ich habe dann eine Initiative, zuerst mit einer Gemeinde beginnend, gestartet, die Sperrzeit differenziert bei öffentlichen Volksfesten auf 1-3 Uhr festzulegen. In den Folgejahren schlossen sich hier weitere Gemeinden und Städte an.

In den Folgejahren kam es bei sperrzeitgeregelten Veranstaltungen zu signifikanten Veränderungen, so dass hier durchaus eine repräsentative Aussage getätigt werden kann. Die jugendspezifische und allgemeine Kriminalitätsentwicklung veränderte sich positiv. Die Initiativen für eine Sperrzeit wurden von der örtlichen Presse intensiv verfolgt. Über mehrere Jahre waren alle Berichte (und Reaktionen der Leser) äußerst positiv verfasst. Auch die Resonanz bei den Veranstaltern der Festivitäten, einschließlich der aktuellen FFN-Feten, ist heute überwiegend positiv. Lediglich einzelne Schausteller haben kein Verständnis und versuchen, diese Regelung zu boykottieren.

Zur Verhinderung von Straftaten durch alkoholbeeinflusste minderjährige Personen und zur Verhinderung des exzessiven Rauschtrinkens halte ich eine begleitende Maßnahme, hier die einheitliche Regelung einer Sperrzeit, für eine adäquate Maßnahme des aktiven Jugendschutzes. Darüber hinaus dient die Wiedereinführung einer Sperrzeit auch der Reduzierung der laut polizeilicher Kriminalstatistik stetig steigenden Gewaltkriminalität unter Alkoholeinfluss bei Jugendlichen.

Ich halte daher eine landes- oder bundes-einheitliche Regelung für opportun.

Johann Pottberg, Moormeerland

Zu: Lesermeinung der Kollegin Traber, des Kollegen Lampe, DP 8/11

Die Zuschrift von Torsten Lampe finde ich ganz toll. Meine Hochachtung für die konsequente Haltung „Kein Alkohol im Sport“. Wichtig sind natürlich das gemeinsame Gespräch, selbst Vorbild zu sein und die Glaubwürdigkeit.

Dagegen habe ich kein Verständnis für die Meinung von Frau Silvia Traber, die be-

mängelt, dass die GdP Schleswig-Holstein, beim Komasaufen von Jugendlichen und Kindern die Eltern für die Kosten der Klinikeinweisung und Behandlung mit ins Boot holen will. Zumindest im Wiederholungsfall sollte dies geprüft werden. Für die Eltern ist der Kostendruck auch eine Argumentationshilfe und Unterstützung in der Erziehung ihrer Kinder. Auch hier sollte konsequentes Handeln selbstverständlich sein. Die Freiheit in der Entwicklung stößt da an ihre Grenzen, wo andere stärker – z. B. durch steigende Kosten im Gesundheitswesen – belastet werden.

Klaus-Dieter Stein, per E-Mail

Zur Diskussion über die Ausbildung der Polizei in der Nachkriegszeit in DP

Meine Polizeiausbildung in NRW begann im Februar 1953 an der LPS „Carl Severing“ in Münster und wurde bei der Bereitschaftspolizei-Abteilung IV in Lin-nich/Rhl. Fortgesetzt:

Einerseits: Militärische Anleihen waren unverkennbar in den „Formalen“, beim „Strammstehen“, beim „Marschieren in Reih´ und Glied, mit und ohne Gesang“, auch im militärischen Zuschnitt der Uniformen mit Stiefeln und Tschako. Das setzte sich fort in der Waffen- und Schießausbildung mit Karabiner, Maschinengewehr, Handgranate und Granatwerfer. „Schulgefechtsschießen“ mit scharfer Munition, „Handgranatenweit- und -Zielwurf“, „Vor-gehen im Gelände unter Ausnutzung der Deckung“ auf einem Truppenübungsplatz gehörten bis in die 60-er Jahre hinein zum Ausbildungsprogramm der Bereitschaftspolizei. Die vom Innenministerium herausgegebene Dienstvorschrift hatte einen bezeichnenden Titel dafür: „Kampfeinsatz“. Es wurden auch Begründungen für solche militärischen Aktivitäten genannt: Zumindest die Bereitschaftspolizei sollte für bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gewappnet sein, wie sie nach dem I. Weltkrieg aus vielen Teilen Deutschlands überliefert worden sind. Seit 1949 und bis heute deutet der Art. 91 GG (Polizeihilfe) auf solche für möglich erachteten Befürchtungen hin.

Andererseits: Der Unterricht in den Rechtsfächern und in Staatsbürgerkunde, die den größten Stundenanteil in dieser Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst hatten, brachte uns das Grundgesetz nahe. Es war nicht nur die Institutionslehre über den Aufbau der Bundesrepublik. Die Abhängigkeit der polizeilichen Eingriffsbefugnisse vom alles überlagernden

Schutz der Grundrechte, die wöchentlichen „Erörterungen politischer Tagesfragen“ haben Interesse an demokratischer Politik, am Rechts- und Sozialstaat geweckt und gefördert. Und das, obwohl wir noch keine 21 Jahre alt waren, um wählen zu können.

Bis heute bin ich der Überzeugung, dass dieser früher Unterricht, gegeben von „Oberbeamten“, also älteren Kollegen des gehobenen Dienstes, die noch am Krieg teilgenommen hatten, und dass das ebenso frühe Wirken der GdP für eine abgerüstete, zivile Polizei mit Personalvertretung und ohne Kombattantenstatus dazu geführt hat, in unserer Beamtschaft eine Grundeinstellung zu schaffen, die sich an rechts- und sozialstaatlichen Werten orientiert und nicht an Befehl und Gehorsam.

Dieter Block, Detmold, Ltd. Polizeidirektor a.D.

Zu: Polizeigeschichte, DP 8/11

Zunächst einmal ist der DP zu danken, dass sie die Geschichte der Polizei wieder einmal aufgegriffen hat, denn nur diejenigen, die sich mit der Geschichte (Berufs-, Heimat-, Familien- oder Staatsgeschichte) befassen, sind m. E. fähig, die Gegenwart zu begreifen und evtl. die Zukunft zu gestalten. Zu danken ist auch Herrn Dr. Gintzel für seine Richtigstellungen in der DP 08/2011. Ich selbst (Einstellungsjahrgang 1952) habe die Militärs, wie sie Dr. Gintzel nennt, in manchmal fast unerträglicher Weise kennen gelernt. Formale Ausbildung, Nachtmärsche, Geländeübungen jeglicher Art, Einstudieren von Marschgesängen waren für die „Ausbilder“ weitaus wichtiger als Rechtskundeunterricht. An den Türen dieser „Ausbilder“ waren z. B. Namensschilder mit dem Zusatz „Polizeiobermeister und Leutnant der Schutzpolizei“ zu lesen. Die Ausgestaltung der Gesetze und Verordnungen, die aufgrund des Art. 131 in Kraft traten, hatten u. a. zur Folge, dass die „Militärs“, z. B. Angehörige des g. D. plötzlich dem höheren Dienst angehörten. Damals lösten solche „Beförderungen“ bei den jungen Polizeibeamten schon Erstauen aus, aber es fanden sich immer wieder „Ausbilder“ oder z. B. Innendienstmeister, die Erklärungen zur Hand hatten.

Für uns junge Beamte war es schwer, in den 60er Jahren (als eine demokratische und rechtsstaatliche Justiz damit begann, die maßgeblichen Artikel des Grundgesetzes mit Leben zu füllen) umdenken zu müssen. Wir mussten lernen und begreifen, dass z. B. das Recht auf Versammlungsfreiheit höher zu bewerten war als die Leichtigkeit des Verkehrs.

Günter Hammermann, per E-Mail



Neue Fachzeitschrift



Mit „Polizei – Studium – Praxis“ (PSP) führt der VDP Buchvertrieb erstmalig eine Zeitschrift in seinem Programm. Sie richtet sich in erster Linie an die Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) in Nordrhein-Westfalen (NRW). Bei den Autoren der einzelnen Artikel handelt es sich um erfahrene Dozentinnen und Dozenten der FHöV NRW, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus dem Landesamt für Aus- und Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW(LAFP) und aus den Polizeibehörden des Landes.

Chefredaktion:

Horst Clages

Leitender Kriminaldirektor
a. D.

Christoph Keller

Polizeiobererrat, Leiter des
Dezernats 32 beim LAFP
Münster

Reinhard Mokros

Vizepräsident FHöV NRW

Die Inhalte:

- Fachaufsätze
- Aktuelle Rechtsprechung
- Klausuren
- Aktuelles aus der FHöV

Die Beiträge orientieren sich inhaltlich an den Modulbeschreibungen des Bachelor-Studiums Polizeivollzugsdienst (B. A.) in NRW. Neben Musterklausuren werden künftig weitere Leistungsnachweise wie Haus- und Seminararbeiten und nicht zuletzt die Bachelor-Thesis behandelt. Darüber hinaus werden aktuelle Entwicklungen in Praxis und Rechtsprechung aufgegriffen.

Die PSP ist der optimale Begleiter für Studierende durch das Bachelor-Studium und hilft bei der optimalen Prüfungsvorbereitung.

Polizei
Studium
Praxis

FACHZEITSCHRIFT
FÜR STUDIERENDE
UND PRAKTIKER

Erscheinungsweise: 4 x pro Jahr

Umfang: 48 Seiten

Bestellmöglichkeiten:

- Einzelbezugspreis: 5,00 € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten
- Jahresabonnement: 16,00 € inkl. MwSt. und Versandkosten
Abonnementbestellungen gelten für mindestens ein Jahr (= 4 Ausgaben) ab der nächst erreichbaren Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich nach Ablauf der Mindestdauer um jeweils ein weiteres Jahr, falls nicht spätestens sechs Wochen vor Quartalsende schriftlich gekündigt wurde.
- Bezugspreise Ausland: Auf Anfrage

Bestellungen **ausschließlich** an den Verlag.

60 VDP
Jahre

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de



Aurelis – Kommunikation in neuer Dimension

Bereits seit dem Jahr 2004 entwickelt Imtradex hochwertiges Audiozubehör für digitale Funkgeräte. Die Aurelisserie wurde speziell für die hohen Anforderungen des digitalen Funkstandards entwickelt.

Neben der klassischen Kommunikation können je nach Aurelis-Variante Datenapplikationen des digitalen Funkgeräts integriert werden. So werden bspw. Informationen auf einem Display angezeigt oder funkgerätespezifische Anwendungen durch frei programmierbare Tasten des Handmikrofons angesteuert.

Wahlweise werden alle Handmikrofone der Aurelis-Serie mit Kleiderklammer oder Autohaltevorrichtung ausgestattet. Das Montagekit für Fahrzeuge ist einfach an jedem Armaturenbrett zu befestigen.

Imtradex Hör-/Sprechsysteme GmbH

Tel.: 06103-48569-56
Fax: 06103-48569-60
www.imtradex.com



Der neue drehbare Holstersteg der Waffentechnik Borkott & Eickhorn GmbH (im nachfolgenden Text „WTBE“ genannt) ist bei der Polizei in NRW flächendeckend für das bestehende Safariland-Pistolenholster eingeführt worden. Der neue Holstersteg ermöglicht dem Anwender eine Rotation des Holsters in 15° Schritten in beide Richtungen. Dies führt zu erheblichen Vorteilen für den Anwender insbesondere beim Tragen der Waffe im PKW, da zum Einen das Angurten erleichtert wird und zum Anderen die Waffe nicht mehr lästig in die Flanken des Trägers drückt. Der neue drehbare Holstersteg ist patentiert und lässt sich selbstverständlich auch an jedes andere Holster adaptieren.

Mittlerweile liegen zu diesem Produkt konkrete Anfragen aus dem In- und Ausland vor. Ein Schlagstockholster mit dergleichen Drehmechanik ist kurz vor Serienreife.

Waffentechnik Borkott & Eickhorn GmbH

Tel.: 0212-258100
Fax: 0212-2581062
www.waffentechnik-solingen.de



Der Dienst auf Schnellstraßen ist gefährlich. Unaufmerksame Verkehrsteilnehmer gefährden die Beamten an der Einsatzstelle. Mit neuester Xenon-Technologie erreicht der Tele-Blitz eine Blitz-Energie von 2 Joule. Mit dem robusten Teleskopauszug kann der Blitz in sekunden-schnelle in Sichthöhe der Verkehrsteilnehmer positioniert werden. Optional synchronisieren sich mehrere Tele-Blitze automatisch zum verkehrsführenden Laufflicht. Ebenso Qualität 'Made in Germany' ist der Warnmax als clevere Alternative zum Leitkegel: Dank Klappfunktion ist er besonders kompakt im Kofferraum unterzubringen und zeigt trotzdem eine größere Reflektionsfläche mit stärkerer Leuchtintensität.

horizont klemmfix

Tel.: 05631-565-200
Fax: 05642-565-248
www.horizont.com



LIS2000 ist die neue Produktschneiderei von Handfunkgeräten maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der BOS. Mit dem LIS2010 FuG10b, LIS2011 FuG11b und LIS2013 FuG13b präsentiert Life is simple neue hochwertige nach der TR-BOS geprüfte Handfunkgeräte auf dem Markt. Der funktionsfähige digitale Behördenfunk TETRA liegt nach neuesten Erkenntnissen in weiter Ferne und so investieren Sie mit LIS2000 BOS Funkgeräten in zukunfts-trächtige Kommunikation. Life is simple gewährleistet volle 24 Monate Herstellergarantie mit der Option auf eine Verlängerung auf 36 Monate und Vorabaus-tausch! Absolut einmalig für ein FuG11b ist die Volltastatur. Über das Zahlenfeld lassen sich die Kanäle direkt anwählen. Das im Lieferumfang bereits enthaltene Schnellladegerät und ein dem neuesten Stand der Technik entsprechender Lithium Polymer Akku mit einer hohen Kapazität von 2100 mAh machen die LIS2000 Serie von Life is simple äußerst attraktiv sowohl vom Preis, als auch von der Leistung.

Glaskapseln sind fest eingebettet in den Zeigern, den Stundenzeichen und, je nach Modell, auch in den Drehringen der Uhren. Die Lebensdauer des einzigartigen Beleuchtungssystems beträgt bis zu 25 Jahre. Die 3152.BO besteht aus schwarzem PVD beschichteten Edelstahl. Das Stahlarmband ist gleichermassen beschichtet. Die einen Durchmesser von 44mm aufweisende Uhr verfügt über ein geschraubtes Gehäuse, eine geschraubte Krone, eine drehbare Lünette und ein antireflektierendes, gehärtetes Mineralglas. Die Batterie hat eine erweiterte Kapazität (50 Monate). Die Uhr ist garantiert wasserdicht (getestet auf 20ATM/200 Meter Tiefe). Swiss Made.

Life is simple

Tel.: 0251-2707090
Fax: 0251-27070910
www.lifeissimple.de



Luminox-Uhren leuchten in neuem Blau. Das einzigartige, stromunabhängige Beleuchtungssystem der Luminox-Uhren enthält winzige selbstleuchtende Gas-Röhrchen, die nur in der Schweiz hergestellt werden. Diese von Hand aufgetragenen Borosilikat-

Glaskapseln sind fest eingebettet in den Zeigern, den Stundenzeichen und, je nach Modell, auch in den Drehringen der Uhren. Die Lebensdauer des einzigartigen Beleuchtungssystems beträgt bis zu 25 Jahre. Die 3152.BO besteht aus schwarzem PVD beschichteten Edelstahl. Das Stahlarmband ist gleichermassen beschichtet. Die einen Durchmesser von 44mm aufweisende Uhr verfügt über ein geschraubtes Gehäuse, eine geschraubte Krone, eine drehbare Lünette und ein antireflektierendes, gehärtetes Mineralglas. Die Batterie hat eine erweiterte Kapazität (50 Monate). Die Uhr ist garantiert wasserdicht (getestet auf 20ATM/200 Meter Tiefe). Swiss Made.

www.luminox.de



Das Highlight im Produktportfolio von MAVAND ist der Rapid STAT® Drogenspeicheltest. Als erster Drogenspeicheltest kann der Rapid STAT® den von der deutschen Polizei gewünschten Grenzwert von 1ng/ml THC im Blut detektieren. Am 1. August erhielt MAVAND den Zuschlag

für den exklusiven Einsatz des Rapid STAT® für die Kontrolle der Verkehrssicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Durch die sich in Deutschland befindliche Entwicklung und Produktion, stellt MAVAND eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Tests sicher. So wurde bereits im April/Mai 2011 der Rapid STAT® Test in seiner Handhabung durch ein neues Inkubationsgehäuse erheblich verbessert – dies selbstverständlich mit denselben exzellenten Ergebnissen!

MAVAND Solutions GmbH

Tel.: 07473-9580-28
Fax: 07473-9580-29
www.mavand.de





Fit im Job 2011 – ein Sportseminar, das seinen Namen verdient



Foto: JG

Zeit zu kurz und machten das Seminar zu einem wahren Erlebnis.

Während der vier Seminartage nahmen die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten, jungen Kolleginnen und Kollegen alle gemeinsam an einem abwechslungsreichen aber auch durchaus anstrengenden Sportprogramm teil. Nicht nur, dass der Tag regelmäßig mit einer Schwimmeinheit begann, womit sich jeder das anschließende gemeinsame Frühstück redlich verdient hatte, folgten im weiteren Seminarverlauf weitere schweißtreibende Einheiten, wie z.B. ein Spielzirkel, Fußball, Volleyball und Laufen. Zudem standen Krafttraining und Übungen mit dem von der PVAG für jeden Teilnehmer/in zur Verfügung gestellten Thera-Band auf dem Programm.

Letztlich wurden viele neue Reize gesetzt, jeder

Als wir Dienstagabend im Sportbildungszentrum des Landes Brandenburg im beschaulichen Lindow (Mark) ankamen, erwartete uns eine Unterkunft, die jedes Sportlerherz höher schlagen lässt. Von mehreren top gepflegten Fußball- und Beachvolleyballplätzen über ein Schwimmbad bis hin zum modernen Krafraum war alles vorhanden, um sich in jeder Richtung sportlich zu betätigen.

Im Laufe des viertägigen Seminars sollten diese Gegebenheiten auch intensiv genutzt werden. Der erste Abend begann erst einmal mit einer Begrüßung durch Torsten Rohde von der Bundesgeschäftsstelle und einem sporttheoretischen Vortrag des Sportwissenschaftlers Dr. Thomas Prochnow und war somit weniger anstrengend als zuerst gedacht.

Das sollte sich aber am nächsten Morgen zusehends ändern. Der ehemalige Nationaltrainer der deutschen Marathonsmannschaft und mehrfache Autor von Fachbüchern heizte den Teilnehmern/innen sofort mächtig ein, stand aber gleichzeitig, sowohl während den Sporteinheiten als auch in extra anberaumten Einzelgesprächen, mit seinem sportlichen Fachwissen jedem Teilnehmer jederzeit zur Verfügung, so dass im Verlaufe des Seminars jeder der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen der Bundes- und Landespolizeien und des Zolls die Möglichkeit hatte, seine sportlichen Aktivitäten auf Fehler überprüfen zu lassen und durch neue Anregungen oder Trainingspläne zukünftig zu verbessern. Auch kamen der Spaß an der sportlichen Betätigung und die nötigen Erholungsphasen zu keiner

Körperteil angesprochen und wohl jeder konnte etwas von dem Erlebten für sich und sein Sportprogramm mit nach Hause nehmen. Durch den gemeinsamen Saunabend und das Abschlussgrillen kamen auch der Austausch und das Kennenlernen untereinander und außerhalb des Sportplatzes nicht zu kurz, so dass das Seminar rund um als gelungen betrachtet werden kann. Dies wurde auch dadurch deutlich, dass nahezu jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin vorschlug, im nächsten Jahr noch einen Tag dran zu hängen und die Meisten schon jetzt ihren Platz für das nächste „Fit im Job“-Seminar reservieren wollten.

Für alle anderen potenziellen Teilnehmer/innen heißt das natürlich: Schnell anmelden, sonst sind alle Plätze weg!

Laurin Scheuer





Fazit und Ausblick

Die JUNGEN GRUPPE (GdP) blickt nun 1 ½ Jahre zurück auf den Monat April im Jahr 2010. Denn seit dieser Zeit befindet sich der neue Geschäftsführende Bundesjugendvorstand im Amt. Ein angemessener Zeitraum, um ein kurzes Resümee des bereits Erreichten und einen Ausblick in die noch bevorstehenden 2 ½ Jahre zu wagen.

Wie so häufig, gestaltete sich der Anfang der Legislaturperiode schwieriger als erwartet. Insbesondere die Frage, wie es mit der hauptamtlich besetzten Stelle zur Unterstützung der Jugendarbeit auf Bundesebene weiter geht, war lange nicht geklärt und konnte erst kurz vor Beginn des Bundeskongress positiv beantwortet werden. „Ich bin froh, dass die Jugendarbeit in der GdP den Stellenwert erfährt, den sie erfahren muss, um eine zukunftsichere GdP zu gewährleisten“, so die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz zu der Entscheidung, die hauptamtlich besetzte Stelle für den GdP-Nachwuchs weiterhin zu erhalten.

Wie so häufig im Leben bedarf eine gute Umsetzung einer guten Planung und so war es beinahe sinnbildlich, dass neben der Vorbereitung zum Bundeskongress, das erste große Projekt mit dem die JUNGE GRUPPE (GdP) auf sich aufmerksam machte, die Castor-Betreuung 2010 war. Hier zeigte die JUNGE GRUPPE (GdP) bereits wieder, was in ihr steckt, mit welchem Elan und Engagement sie zu Werke geht und wie wichtig ihr die ehrenamtliche Betreuung ihrer Mitglieder, gerade bei solchen großen Einsatzlagen, ist. Und dann war das Jahr 2010 auch schon vorüber und die Maschinerie JUNGE GRUPPE (GdP) kam so langsam mehr und mehr ins Rollen.

Anfang Januar 2011 wurden auf der Klausur des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes die Weichen für mehrere erfolgreiche Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2011 gestellt. Mit der Entscheidung, erneut eine Zentrale Arbeitstagung durchzuführen, wurde nicht nur das Highlight des Jahres beschlossen, sondern auch der Weg frei gemacht für eine außerordentlich bemerkenswerte bundesweite Jugendarbeit. Unter dem Motto „Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft“ trafen sich Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet, um zur momentanen und zukünftigen gesellschaftlichen Position der

Polizei Stellung zu beziehen. „Entscheidend ist jedoch, nicht nur Positionen zu beziehen, sondern sie auch in der Gesellschaft breit zu diskutieren“, so die Anmerkung von Sabrina Kunz dazu. „Polizei steht auch heute noch – aus meiner Wahrnehmung sogar wieder vermehrt – in der gesellschaftlichen Kritik und das insbesondere auch bei unseren Gewerkschaftsfreunden in der DGB-Jugend. Aus diesem Grund ist es wichtig, mit den formulierten Positionen in Debatten einzusteigen. Die in diesem Jahr durchgeführte Zentrale Arbeitstagung mit einer sich anschließenden Diskussionsrunde hat dies ermöglicht“, so Sabrina weiter. Parallel bot die Arbeitstagung die geeignete Plattform, die bundesweite Kampagne „Auch Mensch“ offiziell zu starten. Eine Kampagne, die den Menschen in der Uniform in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, die gegen die Objektivierung und Anonymisierung von Kolleginnen und Kollegen in Uniformen und Einsatzanzügen agiert und die aufzeigt, dass auch Polizisten und Polizistinnen Familien und Freunde haben, die froh sind, wenn ihre Ehepartner, Väter, Mütter, Kumpels und Freundinnen wieder unversehrt nach Hause kommen.

Ein weiteres großes Spielfeld, das die JUNGE GRUPPE (GdP) gleich zu Beginn des Jahres betrat, war die Auseinandersetzung mit den in der DGB-Jugend vertretenen Schwestergewerkschaften zum Thema „ziviler Ungehorsam“. Auch hier konnte die JUNGE GRUPPE (GdP) bereits mehrfach auf die häufige emotionale Konfliktsituation eines/einer Kollegen/in, die insbesondere zu Castor-Transporten und Demonstrationen Rechte entsteht, aufmerksam machen und teilweise Gehör finden.

Der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende, Jens Berner, führt dazu aus: „Die Bereitschaft, für das Wohl der Kolleginnen und Kollegen im Einsatz zu streiten, wird weiterhin Maßgabe in der JUNGE GRUPPE (GdP) sein. Aus diesem Grund werden und müssen wir uns auch weiterhin aktiv in einen Meinungsaustauschprozess begeben.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der – neben der inhaltlichen und politischen Ausrichtung – die Arbeit der JUNGE GRUPPE (GdP) maßgeblich beeinflusst, ist die Erstellung und Vergabe von Werbemitteln. Hier zeigte

sich die JUNGE GRUPPE (GdP) sehr innovativ und brachte mit dem neu kreierten Zauberfolder ein Werbemedium auf den Markt, das nur mittels eines Tricks zu öffnen ist und sich sehr gut für den ersten Gesprächseinstieg eignet. Aber auch die reichliche Bereitstellung von Faltblättern, Imagebroschüren, Jugendkalendern und Kinderkommissarsausweisen zur Darstellung der JUNGE GRUPPE (GdP) zeigt, wie wichtig die Nachwuchswerbung den Gremien der JUNGE GRUPPE (GdP) ist. Denn nur wenn die JUNGE GRUPPE (GdP) eine Vielzahl junger Beschäftigter der Polizei organisieren kann, hat sie auch die Möglichkeit, einen politischen Einfluss auszuüben und etwas zu bewegen.

Blickt man auf das Geschaffene zurück, zeigt sich, dass die JUNGE GRUPPE (GdP) ihr Handwerk nicht nur verstanden hat, sondern es auch beherrscht. Aber wie so häufig im Leben, darf man sich darauf nicht ausruhen, sondern muss man mit Elan bei der Sache bleiben und das wird die JUNGE GRUPPE (GdP) tun. Sie hat noch viel vor. So wird nicht nur über die Verbesserung der bundesweiten Internetpräsenz nachgedacht, sondern auch über einen möglichen Auftritt bei Facebook und die Gestaltung einer Smartphone App steht auf der Agenda für das nächste Jahr. Die JUNGE GRUPPE (GdP) soll auf Landesebene noch mehr in ihrer Arbeit unterstützt werden und in die Arbeit auf Bundesebene mit einbezogen werden. Es ist das Ziel, die JUNGE GRUPPE (GdP) breiter aufzustellen, gezielter jugendpolitische Themen aufzugreifen und der jungen Generation ein Sprachrohr zu bieten, dass Gehör findet. Nur gemeinsam können wir unseren Mitgliedern das geben, was ihnen zusteht: Kompetenz, Stärke und Unterstützung. „Gemeinsam gewinnen! – das ist unser Leitmotiv“, Sabrina abschließend und mit Optimismus in ein neues Jahr Gewerkschaftsarbeit blickend.

Sabrina Kunz/Torsten Rohde

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand JUNGE GRUPPE (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21-105;
Fax: (030) 39 99 21 -200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





Die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen

Die Gewaltkriminalität von Mädchen hat sich in den letzten Jahren zum Teil mehr als verdreifacht. Die Studie über die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen hat sich somit zur Aufgabe gestellt, die Gründe für diesen alarmierenden Anstieg herauszufinden. Der Schwerpunkt des Theorieteils liegt auf der Erläuterung der bestehenden Erklärungsansätze für den Anstieg der Gewaltkriminalität der Mädchen.



Im empirischen Teil des Buches wurden 342 Mädchen an Hauptschulen zu ihrem Rollenbild im Geschlechterverhältnis, zu ihrem Gewaltverhalten sowie Gewalterfahrungen und zu ihren familiären Verhältnissen befragt. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung decken sich nicht mit der herrschenden Meinung im Schrifttum, die als entscheidende Ursache für den Anstieg der Gewaltkriminalität von Mädchen das sich verändernde Geschlechterrollenbild von Mädchen und jungen Frauen sieht. Die Untersuchung ergab vielmehr, dass die Familie aufgrund der Individualisierungstendenzen geschwächt und isoliert ist. Diese Veränderungen wirken sich über dem Umweg von familiären Problemlagen auf das Gewaltverhalten der Mädchen aus.

Die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen, Kristina Maria Neumaier, Verlag Dr. Kovac, 2011, 280 Seiten, 78 Euro, ISBN 978-3-8300-5508-2

Passgesetz (PassG) und Personalausweisgesetz (PAuswG)

Passgesetz (PassG) und Personalausweisgesetz (PAuswG) regeln die Pflicht, einen Reisepass bzw. einen Personalausweis mitzuführen. Beide Gesetze sind wegen vergleichbarer Regelungsinhalte sehr ähnlich, teilweise sogar wortidentisch. Der neue Handkommentar bietet eine praxisgerechte Doppelkommentierung zu beiden Gesetzen auf aktuellem Stand. Dabei werden auch die einschlägigen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften berücksichtigt. Kommentierungsschwerpunkt sind die umfangreichen Änderungen des PassG sowie die Novellierung des Personalausweisgesetzes, die seit 1. November 2010 in Kraft sind.

Seit 1. November 2010 enthält der Personalausweis – ähnlich wie der Reisepass – neben verschiedenen optischen Änderungen auch mehrere digitale Funktionen. Er wird damit zu einem biometriegestützten Identitätsdokument (Erfassung biometrischer Gesichtsdaten) und einem elektronischen Identitätsnachweis für E-Government und E-Business.

Zentrale Neuerungen sind die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises (sogenannte „eID-Funktion“: electronic Identity) und die Online-Unterschriftsfunktion des Personalausweises (elektronische Signatur).

Die Änderungen von PassG und PAuswG verändern die behördlichen Antrags- und Ausstellungsverfahren. Außerdem sind in der Praxis vielfältige und neuartige Rechtsprobleme zu beachten, insbesondere im Bereich Datenschutzrecht.



Passgesetz Personalausweisgesetz, Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M./ Jan Möller, Verlag C.H.Beck, 2011, 326 Seiten, in Leinen 58 Euro, ISBN 978-3-406-61579-5

Arbeitsrecht – Handbuch für die Praxis

Das Handbuch für die Arbeitnehmerberatung enthält juristisch fundierte Erläuterungen zum gesamten Arbeitsrecht mit Bezügen zum Sozialversicherungs- und Lohnsteuerrecht, einschließlich der wichtigsten prozessualen Themen. Zu allen arbeitsrechtlichen Streitfragen bietet das Werk Lösungswege – jeweils mit Blick auf die den Arbeitnehmern zustehenden Rechte. Ausführliche Erläuterungen für die Durchsetzung dieser Rechte in der Praxis und vor Gericht runden die Darstellung ab. Eine beigelegte CD-ROM enthält fast 400 Musterverträge, Checklisten und Formulierungshilfen für die Praxis.



Schwerpunkte der neuen 6. Auflage sind: Tarifeinheit und OT-Mitgliedschaft, Widerspruchsrecht beim Betriebsübergang, Kündigung wegen Bagatelldelikten (Der Fall Emmely), Altersdiskriminierung, Differenzierungsklauseln, Folgen für Verweisungen auf BAT nach dessen Ablösung durch TVöD und TV-L, Flexibilisierungsklauseln im Arbeitsvertrag

Arbeitsrecht – Handbuch für die Praxis, Dr. Olaf Deinert, Dr. Michael Kittner, Dr. Bertram Zwanziger, Bund Verlag, Buch mit CD-ROM, 6. Aufl., 2011, 2.828 Seiten, Subskriptionspreis (bis 30.09.2011) 98 Euro, Ladenpreis 129 Euro, ISBN 978-3-7663-6085-4



Deutsche Polizei

Nr. 9 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Oliver Lang/ddp

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckaufgabe dieser Ausgabe:
176.189 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



2012 – Alle Termine im Griff ...

...mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

Polizeiterminer 2012

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



4,50 €

Polizeikalender 2012

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die Entwicklung des Fahrerlaubnisrechts“ und „Der Digitalfunk kommt“



10,90 €

Cartoon-Wandkalender Polizei 2012

25 Jahre Jubiläums-Edition

Seit nunmehr 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 56,5 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 der besten großformatigen farbigen Cartoons aus mehr als zwei Jahrzehnten zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Zu unserem 60-jährigen Verlagsjubiläum bieten wir Ihnen folgende

Jubiläums-Angebote

Paket 1:
Alle 3 Kalender
zusammen für nur

15,00 €



Paket 2:
Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

6,00 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.

60 VDP
Jahre

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Telefon: 02 11/71 04-212 • Telefax: 0211/7104-270

E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • Internet: www.VDPolizei.de



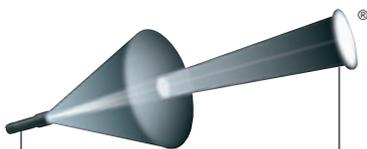
www.ledlenser.com

High Performance Line

P-Serie

P5R

Art.-Nr. 8405-R



Advanced Focus System

LED	High End Power LED
Länge	117,5 mm
Gewicht	80 g
Lichtstrom	210 lm*
Batterie	1 x AA Li-Ion 3,7 V
Energietank	2,6 Wh***
Leuchtdauer	7 h**
Leuchtweite	190 m*

Technische Daten

LED LENSER® P5R

Aufladbarer Lichtgigant – bereit für jeden Einsatz!

Diese aufladbare Lampe ist nicht nur umweltfreundlich zu betreiben, sie erbringt auch eine Lichtleistung, die an Scheinwerfer erinnert. Aus der hochpräzisen Reflektor-Linse schießt ein Lichtstrahl mit bis zu 210 Lumen* (im Tastmodus). Betrieben wird die Lampe mit einem Lithium-Ionen-Akku. Dieser kann mit dem mitgelieferten Ladegerät bis zu 1000-mal nachgeladen werden. Die Aufladung erfolgt über das Floating Charge System (FCS), das über seine Magnethalterung einen besonders komfortablen Ladevorgang ermöglicht.



3 Light Functions

- Power
- Low Power
- Defence Strobe

Smart LED Protection

* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der hellsten Einstellung beim Einschalten mit einem vollständig aufgeladenen Akku. Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Akku um +/- 15 % abweichen können.
 ** Durchschnittliche Leuchtdauer der niedrigsten Stufe bis zu einem Lichtstrom von 1 Lumen.
 *** Rechnerischer Wert der Kapazität in Wattstunden (Wh) der im Auslieferungszustand des jeweiligen Artikels enthaltenen Batterien.

Einer der Weltmarktführer bei LED-Metalltaschenlampen.